

Kopp, Botho von

Japan: Bildungsreformthemen des Jahres 2003 im Spiegel der Presse

Trends in Bildung international - Im Blickpunkt (2004) 1, S. 1-21

urn:nbn:de:0111-opus-53056

Nutzungsbedingungen / conditions of use

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.
This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF)
Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft
Informationszentrum (IZ) Bildung
Schloßstr. 29, D-60486 Frankfurt am Main
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Botho von Kopp

Japan: Bildungsreformthemen des Jahres 2003 im Spiegel der Presse¹

Zusammengestellt nach den Einzelausgaben des Rundschreibens der
Japan Society for the Promotion of Science (JSPS) www.jsps-bonn.de/

Inhalt

1. Schule

1. 1 Zulassung

1. 2 Kinder, Schüler, Unterricht, Lernen

- Fünftagewoche erhöht den Stress an Schulen (JSPS 2003, Nr. 1)
- Mathematik-Olympiade (JSPS 2003, Nr. 1)

1. 3 Absolventen

- Schlechte Berufsaussichten für Highschoolabsolventen (JSPS 2003, Nr. 1)

1. 4 Lehrer

- Schüler evaluieren Lehrer (JSPS 2003, Nr. 1)

1. 5 Reform, Tendenzen, Experimente

- Firmen gründen neuartige Schule (JSPS 2003, Nr. 1)
- Unternehmen als Schulträger ? (JSPS Nr. 4, 2003)

2. Universität

2. 1 Zulassung

- Hochschulzugang für Absolventen ausländischer Schulen (JSPS Nr. 5 - 6, 2003)

2. 2 Studierende

- Gründung einer neuen Organisation zur Förderung von Studenten (JSPS 2003, Nr. 2)

¹ Bei den vorliegenden Beiträgen handelt es sich um die Auswertungen einer Reihe englischsprachiger japanischer Zeitungen durch die Japan Society for the Promotion of Science (JSPS). Die ins Deutsche übersetzten Meldungen berichten über Bildungs- und Forschungspolitik sowie aus einzelnen Wissenschaftsdisziplinen und erscheinen viermal jährlich in einem Rundschreiben, das über die Webseite des JSPS-Büros in Bonn zugänglich ist: <www.jsps-bonn.de>. Die Verwendung dieser Originalquelle für die vorliegende Zusammenstellung, die sich auf die Meldungen zu Schule, Hochschule und Wissenschaftspolitik beschränkt, erfolgt mit der freundlichen Genehmigung des deutschen JSPS-Büros. Die Rechte an den Beiträgen liegen beim JSPS-Büro bzw. bei den angeführten Zeitungsverlagen. Interessierten an weiteren Wissenschaftsnachrichten aus Japan sowie allgemeinen Informationen (einschließlich Informationen über Förderprogramme und Kooperationsmöglichkeiten), sei der Besuch der JSPS-Seite sehr empfohlen.

2.3 Absolventen

2.4 Internationales, Ausländische Studierende, Globalisierung

- Fast 100.000 ausländische Studenten in Japan (JSPS 2003, Nr. 1)
- Staatliche Universitäten expandieren ins Ausland (JSPS 2003, Nr. 2)
- JABEE will "Washington Accord" beitreten (JSPS Nr. 5 - 6, 2003)
- Hochschulzugang für Absolventen ausländischer Schulen (JSPS Nr. 5 - 6, 2003)

2.5 Reformen, Tendenzen

- Instandsetzung von staatlichen Universitäten (JSPS 2003, Nr. 1)
- Neue Universität für Biowissenschaften (JSPS 2003, Nr. 1)
- Uneinigkeit über Postdoktoranden-Förderung (JSPS 2003, Nr. 1)
- Hochschulreform in Japan (2003, Nr. 1)
- Gesetzentwurf für staatliche Universitäten als Körperschaften (JSPS 2003, Nr. 2)
- Universitäten verschieben Zusammenlegung (JSPS 2003, Nr. 2)
- Immer mehr Kurzzeituniversitäten schließen (JSPS 2003, Nr. 2)
- Forschungsmittelvergabe per Auswahlverfahren (JSPS Nr. 3, 2003)
- Reform für Forschungsmittelvergabe per Auswahlverfahren (JSPS Nr. 4, 2003)
- Mittelvergabe an private Hochschulen (JSPS Nr. 4, 2003)
- 72 Law Schools ab April 2004 (JSPS Nr 4, 2003)
- Pharmaziestudium wird verlängert (JSPS Nr. 5 - 6, 2003)
- Lebenslange Stiftungsprofessur (JSPS Nr. 5 - 6, 2003)

2.6 Qualität, Qualitätssicherung, Steuerung

- Förderprogramm für Lehre (JSPS 2003, Nr. 2)
- Weltweiter und nationaler Zitierungsindex (JSPS Nr. 3, 2003)
- Evaluation von Forschung und Lehre (JSPS Nr. 3, 2003)
- Auswahl für das 21st Century Center of Excellence-Program (JSPS Nr. 3, 2003)
- Auswahl für das 21st Center of Excellence-Program (JSPS Nr. 5 - 6, 2003)

2.7 Kooperation mit Wirtschaft/Industrie

- University of Osaka: Kooperation mit Industrie (JSPS 2003, Nr. 1)
- Kooperationsgremium an Osaka University (JSPS 2003, Nr. 1)
- Universitäten kooperieren mit Venture-Kapitalunternehmen (JSPS 2003, Nr. 2)
- Osaka University kooperiert mit Nihon Venture Capital (JSPS 2003, Nr. 2)
- Kooperation in der Nanobiotechnologie (JSPS Nr. 3, 2003)
- Die Industrie und die staatlichen Universitäten mit neuem Status (JSPS Nr 4, 2003)
- Gesetzentwurf zum Schutz geistigen Eigentums (JSPS Nr 4, 2003)
- Förderung für Gründung von Venture-Unternehmen (JSPS Nr. 5 - 6, 2003)

3. Wissenschaft (universitär, außeruniversitär), Forschungspolitik, Reformen, Systemsteuerung

- Meinungen zur Evaluation (JSPS 2003, Nr. 1)
- Einführung von Program Officer (JSPS 2003, Nr. 1)
- Verteilung des Forschungsetat (JSPS 2003, Nr. 1)
- Zwei Jahre Council for Science and Technology Policy (JSPS 2003, Nr. 2)
- Wissenschaftler: Vergütungen aus Patenten (JSPS 2003, Nr. 2)
- Mobilität von Forschern (JSPS Nr 4, 2003)
- Gesetzentwurf zum Schutz geistigen Eigentums (JSPS Nr 4, 2003)

4. Übergreifende Reformen, Allgemeines

- Reform des Grundlagengesetzes zur Bildung (JSPS Nr. 3, 2003)
- Neuer Bildungsminister (JSPS Nr. 5 - 6, 2003)
- OECD Bildungsbericht (JSPS Nr. 5 - 6, 2003)

1. Schule

[1. 1 Zulassung]

1. 2 Kinder, Schüler, Unterricht, Lernen

1. 2 Fünftagewoche erhöht den Stress an Schulen (JSPS 2003, Nr. 1)

Bei einer von der All Japan Teachers and Staff Union (Zenkyo) durchgeführten Umfrage unter 16.200 Lehrern gaben 87% der Antwortenden an, in Folge der Einführung einer Fünftagewoche an Schulen im April 2002 habe sich das Arbeitspensum der Schüler während des Unterrichts erhöht. 47% sagten, sie verbrächten wegen nicht abgeschlossener Arbeiten mehr Zeit in der Schule. 39% der Lehrer meinten, ihnen fehle es an Zeit, um sich im Lehrerzimmer auf den Unterricht vorzubereiten. Aus der Studie ging weiter hervor, dass sowohl Schüler als auch Lehrer durch die neue Fünftagewoche stärker beschäftigt sind und sich öfter als zuvor erschöpft fühlen.

Bei der von Juli bis September 2002 durchgeführten Studie gaben auch 55% der Lehrer an, seit der Umstellung im Arbeitsleben "extrem beschäftigt" zu sein. 72% bezeichneten zudem das Leben der Schüler als hektischer und 50% sagten, die Schüler hätten größere Probleme, sich auf das Unterrichtsgeschehen zu konzentrieren.

Die wenigsten der Teilnehmer berichteten von positiven Beobachtungen: nur 9% sagten, die Möglichkeiten für eine gemeinsame Freizeitgestaltung von Eltern und Kindern habe sich verbessert, 15% gaben an, sich am Wochenende erholen zu können und lediglich ein Prozent der Befragten meinte, durch das neue System sei das schulische Leben entspannter geworden.

Im vorherigen Unterrichtssystem wurde an zwei Samstagen im Monat bis mittags Unterricht abgehalten. (Quelle: Japan Times 06.11.2002)

1. 2 Mathematik-Olympiade (JSPS 2003, Nr. 1)

Oberschüler aus 86 Ländern werden sich am 13. und 14. Juli für die 44. Mathematik-Olympiade in Tokyo einfinden.

Die erste Mathematik-Olympiade fand 1959 mit sieben Teilnehmerländern in Rumänien statt und expandierte im Laufe der Jahre. Japan ist seit der 31. Veranstaltung in Peking im Jahre 1990 dabei und in diesem Jahr zum ersten Mal Gastgeberland.

Bei der 33. Olympiade 1992 rangierte Japan an achter Stelle, in den letzten sieben Jahren jedoch zwischen dem 11. und 16. Rang. (Quelle: Japan Times 10.01.2003).

1. 3 Absolventen

1. 3 Schlechte Berufsaussichten für Highschoolabsolventen (JSPS 2003, Nr. 1)

Erstmals haben in Japan weniger als fünfzig Prozent der diesjährigen Oberschulabsolventen eine feste Arbeitsplatzzusage erhalten. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Ministry of Education, Culture, Sports, Science and Technology (MEXT), die jedes Jahr im Oktober und September durchgeführt wird. Dieser Negativrekord von 49,1% durchbricht den bisherigen Tiefstand von 50,7% im Oktober 2002. Von den etwa 1,29 Mio. Oberschulabgängern sind 242.000 als arbeitssuchend eingetragen, doch nur 114.000 von ihnen haben bereits ein informelles Arbeitsangebot erhalten. Dabei beträgt die Rate der Arbeitszusagen für männliche arbeitssuchende Absolventen 49,9% und ist damit im Vergleich zum Vorjahr um 4,1% gesunken. Für weibliche Absolventen sank die Rate der Arbeitszusagen um 3,1% auf 44,1%.

In den Präfekturen war die Rate der Arbeitszusagen in Okinawa mit 15,3% am niedrigsten, gefolgt von Hokkaido mit 25,1%, Miyagi mit 28,1% sowie Kochi mit 32,2% und Fukuoka mit 33,2%. In der Präfektur Gifu erhielten mit 70,4% die meisten Absolventen eine Arbeitsplatzzusage, gefolgt von Mie mit 67,9%, Aichi mit 67,2% und Toyama mit 66,9%.

Die Studie hatte sich in den letzten Jahren als zuverlässiger Indikator für die Berufsaussichten der Oberschulabgänger erwiesen. Eine Vergleichsstudie wird jedes Jahr im März durchgeführt und untersucht die Anstellungssituation der Oberschulabsolventen. Für dieses Jahr ist zu erwarten, dass der Anteil der Absolventen mit Anstellung bei einem niedrigeren Wert als den im vergangenen Jahr ermittelten 86,3% liegt. (Quelle: Asahi 19.12.2002)

1. 4 Lehrer

1. 4 Schüler evaluieren Lehrer (JSPS 2003, Nr. 1)

Das Tokyo Metropolitan Board of Education plant, zur Verbesserung der Unterrichtsqualität ein Evaluierungssystem einzuführen, bei dem Schüler der öffentlichen Oberschulen ihre Lehrer bewerten können. Das Projekt, das erstmals 1998 an öffentlichen Oberschulen in der Präfektur Kochi durchgeführt wurde, soll an einigen Dutzend Schulen beginnen und nach und nach auf alle 210 öffentlichen Oberschulen in Tokyo ausgedehnt werden.

Vorgeschlagen wurde u.a. dass im Rahmen der Evaluierung die Schüler - je nach dem, wie gut sie dem Unterricht folgen können - ihre Lehrer in drei Kategorien einordnen, zudem sollen sie auch die Geduld ihrer Lehrer bewerten können.

Das Board of Education möchte rechtzeitig zu Beginn des neuen Schuljahres im April 2003 alle Details ausgearbeitet haben. Dabei stützt es sich auch auf die Erfahrungen einzelner Lehrer, die bereits selbstständig vergleichbare Evaluierungssysteme eingeführt hatten. (Quelle: Japan Times 29.12.2002)

1. 5 Reform, Tendenzen, Experimente

1. 5 Firmen gründen neuartige Schule (JSPS 2003, Nr. 1)

Central Japan Railway (JR Tokai) möchte gemeinsam mit Chubu Electric Power Co. und Toyota Motor Corp. in Zentraljapan eine neuartige Schule einrichten, deren pädagogisches Konzept den Schwerpunkt auf die Förderung von Charakterbildung und intellektueller Fähigkeiten legt statt auf bloße Vorbereitung auf die Universitätsaufnahmepfungen. Die Schule, deren Eröffnungsdatum noch nicht bekannt ist, ist zunächst als reine Jungenschule geplant und soll Mittel- und Oberschule umfassen und über Unterkünfte auf dem Schulgelände verfügen.

Die Idee zu dieser neuartigen Schule stammt von dem Präsident der JR Tokai², Yoshiyuki Kasai, und spiegelt das wachsende Interesse der Privatwirtschaft an Erziehungsfragen wieder.

Letztes Jahr hatten verschiedene Präfekturgouverneure, Firmenchefs und akademische Größen beschlossen, mit Hilfe eines gemeinsamen Aktienunternehmens Schulen zu gründen. Die geplante Schule soll jedoch nicht durch dieses Aktienunternehmen sondern durch eine pädagogische Stiftung geführt werden. Sprecher der drei Firmen sagten weiter, zusätzliche Firmen und bereits existierende Schulen seien herzlich willkommen, sich an dem Projekt zu beteiligen. (Quelle: Japan Times 09.02.2003)

1. 5 Unternehmen als Schulträger ? (JSPS Nr 4, 2003)

Der Central Council for Education, ein Beratungsausschuss des Ministry of Education, Culture, Sports, Science and Technology (MEXT) untersucht derzeit die Möglichkeiten, zu Beginn des Schuljahres 2005 an Oberschulen für Teilzeit- und Fernkurse ein neues Schulsystem einzuführen. Dabei sollen die Schulen zwar von staatlicher Seite gegründet und finanziert werden, aber von privaten Trägern wie Unternehmen oder gemeinnützigen Organisationen betrieben werden. Die Betreiber könnten - ähnlich wie private Nachhilfeschulen - vorhandene Einrichtungen oder Räumlichkeiten von Schulen nutzen. Diese Überlegungen erfolgen im Rahmen der Deregulierungsmaßnahmen, die unter der Regierung Koizumi durchgeführt werden. Als Vorbild für das neue System könnten die 1991 in den USA eingeführten 'Charter Schools' dienen, bei denen der Staat und die schulischen Verwaltungsbezirke die Kosten tragen und private Körperschaften wie lokale Bürgergruppen die Schule betreiben. Obwohl einige gemeinnützige Organisationen das neue System nachdrücklich befürworten, ist die Regierung zurückhaltend, besonders im Bezug auf eine mögliche Einführung des neuen Systems im Pflichtschulbereich. Das MEXT möchte die Neuerung lediglich für Teilzeit- und Fernkurse einführen, die insbesondere arbeitslose Jugendliche bei der beruflichen Orientierung unterstützen sollen, da das neue Ministerium bei dem neuen System die Möglichkeiten, sich einen Überblick über die betroffenen Schulen zu verschaffen und beratend einzugreifen, nicht gewährleisten kann. Konkretere Pläne, etwa ob das neue System an einigen der 800 Privat- und Fernschulen oder auf Präfektorebene bzw. kommunaler Ebene eingeführt werden soll, liegen aber noch nicht vor. (Quelle: Yomiuri 30.06.2003)

² JR Tokai = Japan Railway Tokai (v.K.)

2. Universität

2. 1 Zulassung

2. 1 (auch 2. 4) Hochschulzugang für Absolventen ausländischer Schulen (JSPS Nr. 5 - 6, 2003)

Das Ministry of Education, Culture, Sports, Science and Technology (MEXT) hat im September bekannt gegeben, dass nicht nur Absolventen in Japan ansässiger, internationaler Schulen bzw. Schulen westlicher Länder, die von amerikanischen oder britischen Evaluationsagenturen akkreditiert wurden, sondern auch Abgängern chinesischer und südkoreanischer Schulen der Zugang zu japanischen Hochschulen ohne die Hürde einer zusätzlichen Vorprüfung ermöglicht wird. Bisher wurden diese Schulabsolventen so eingestuft als ob sie außerhalb Japans ihre Oberschulbildung absolviert hatten: Sie mussten sich durch eine spezielle Vorprüfung für die Teilnahme an den regulären Aufnahmeprüfungen qualifizieren.

Da Japan keine diplomatischen Beziehungen zu Nordkorea unterhält, überlässt das MEXT im Falle von Abgängern pro-nordkoreanischer Schulen die Entscheidung den jeweiligen Universitäten. Inzwischen möchten fast 70% der 83 staatlichen Universitäten auch diesen betroffenen Schülern ab nächstem Jahr den Hochschulzugang ohne zusätzliche Prüfungen ermöglichen. Die restlichen Universitäten sind offiziell noch unentschlossen, es ist aber zu erwarten, dass sie sich der allgemeinen Linie anpassen werden. (Quellen: Asahi 03.07.2003, 02.08.2003, 06.10.2003)

2. 2 Studierende

2. 2 Gründung einer neuen Organisation zur Förderung von Studenten (JSPS 2003, Nr. 2)

Der Gesetzentwurf zur Gründung der "Japanischen Organisation zur Förderung von Studenten, Selbstverwaltungskörperschaft" wurde im März per Kabinettsbeschluss verabschiedet. Die Japan Scholarship Foundation, die die Studentendarlehen verwaltete, wird aufgelöst werden und die neue Organisation soll im April nächsten Jahres gegründet werden.

In diese neue Organisation wird nicht nur die Japan Scholarship Foundation übernommen, sondern auch Aufgaben des Center for Domestic and Foreign Students, der Association of International Education, Japan, des International Students Institute und des Kansai International Students Institute, die sich alle mit Angelegenheiten ausländischer Studenten befassen. Außer der Darlehensverwaltung soll die neue Organisation auch ein japanweites Netzwerk mit Informationen für Unterkünfte- und Arbeitsmöglichkeiten ausländischer Studenten errichten.

Das neu einzuführende Darlehenssystem sieht außerdem vor, Absolventen mit sehr gutem Abschluss die Rückzahlung des Darlehens zu erlassen. Die Verwaltung der Darlehen für Oberschüler soll den Präfekturen übertragen werden. (Quelle: Asahi 10.03.2003)

[2. 3 Absolventen]

2. 4 Internationales, Ausländische Studierende, Globalisierung

2. 4 Fast 100.000 ausländische Studenten in Japan (JSPS 2003, Nr. 1)

Nach einer Untersuchung des Ministry of Education, Culture, Sports, Science and Technology (MEXT) ist die Anzahl der ausländischen Studierenden in Japan seit dem 1.Mai 2002 um 21% auf 95.550 gestiegen. Die Zahl umfasst Studenten an Universitäten, Berufsschulen und anderen Bildungseinrichtungen. Damit nähert sich Japan seiner Zielsetzung von 1986, nach der im Jahre 2002 100.000 Ausländer in Japan studieren sollten.

Unter den heute in Japan studierenden Ausländern sind die Chinesen, deren Anzahl um 61% auf 58.533 Studenten gestiegen ist, die größte Gruppe, gefolgt von den Koreaner mit 15.846 Studenten. Die höchste Anzahl ausländischer Studierender verzeichnet die University of Tokyo mit 2000 Studenten, die zweithöchste die Josei International University mit 1.371. An Berufsschulen stieg im Vergleich zum Vorjahr die Anzahl der ausländischen Studierenden um 39% auf 17.173. (Quelle: Japan Times 16.11.2002)

2. 4 Staatliche Universitäten expandieren ins Ausland (JSPS 2003, Nr. 2)

Seit im Jahre 2000 die University of Tokyo im amerikanischen Silicon Valley eine Forschungsstelle für Biotechnologie errichtete, expandieren immer mehr staatliche, japanische Universitäten ins Ausland. Ihre

Ziele sind die Rekrutierung von ausländischem Personal und der Verkauf von Forschungsergebnissen an Unternehmen im Ausland. Mit dieser Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit bereiten sich die Universitäten auf ihre für 2004 geplante Umwandlung in Körperschaften vor.

Die Tohoku University wird bis zum kommenden Frühling an der amerikanischen Stanford University eine Forschungsstelle für Materialwissenschaften einrichten. Sie hat bereits in fünf verschiedenen Ländern Forschungsstellen eingerichtet, u.a. auch an der University of Cambridge. Die Hiroshima University plant die Einrichtung von Forschungsstellen für hochintegrierte Schaltkreise (LSI) der nächsten Generation in den USA, Europa und China. Die University of Tokyo prüft eine Expansion nach Singapur, das unter anderem für seine DNA-Analysen bekannt ist. (Quelle: Nikkei 19.01.2003)

2. 4 JABEE will "Washington Accord" beitreten (JSPS Nr. 5 - 6, 2003)

Die Akkreditierungsorganisation Japan Accreditation Board for Engineering Education (JABEE), die seit 1999 nach eigenen Evaluationskriterien die für die Ingenieurausbildung zuständigen natur- und ingenieurwissenschaftlichen Studiengänge technischer Universitäten und Fachhochschulen evaluiert (vgl. JSPS Rundschreiben 03/1999), will dem "Washington Accord" beitreten. Dieser wurde 1989 zur Internationalisierung ingenieurwissenschaftlicher Studiengänge gegründet. Die Mitglieder (USA, Kanada, Australien, Großbritannien, Irland, Neuseeland, Südafrika und Hongkong) erkennen die jeweiligen Qualitätssicherungssysteme und die von ihnen akkreditierten Studiengänge als gleichwertig an. Nach dem Beitritt als vorläufiges Mitglied im Jahr 2001, hat die JABEE auf der Generalversammlung des "Washington Accord" im Juni 2003 die Zustimmung für den offiziellen Beitritt erhalten. Im Herbst diesen Jahres wird ein Prüfungskomitee des "Washington Accord" nach Japan kommen, um Arbeitsweise, Evaluationskriterien und Ausbildungssystem der JABEE zu begutachten.

Nach dem Beitritt wird eine in Japan erteilte Zulassung eines Studienganges international anerkannt, und die Absolventen dieser Studiengänge haben die Möglichkeit, an den Graduate Schools in den anderen Mitgliedsländern zu studieren oder - aufgrund ihrer qualifizierten Ausbildung - eine entsprechende Anstellung in Unternehmen der Mitgliedsländer zu finden. Ferner verspricht man sich von dem Beitritt eine qualitative Verbesserung der Ingenieurausbildung, die Förderung des Wettbewerbs zwischen den Universitäten und die Ausbildung international anerkannter Fachkräfte.

Die JABEE hat im Jahre 2001 erstmalig je einen ingenieurwissenschaftlichen Studiengang der Nagoya University, der Tokyo University of Agriculture and Technology und der Special Engineering College of Kogakuin University akkreditiert. 2002 wurden weitere 32 Studiengänge z.B. der Tohoku University, der Hokkaido University und der Yokohama National University akkreditiert. Dieses Jahr haben diverse Universitäten und Fachhochschulen die Evaluation von insgesamt ca. 70 Studiengängen beantragt. (Quelle: Asahi 20.07.2003)

2. 4 [2. 1] Hochschulzugang für Absolventen ausländischer Schulen (JSPS Nr. 5 - 6, 2003)

Das Ministry of Education, Culture, Sports, Science and Technology (MEXT) hat im September bekannt gegeben, dass nicht nur Absolventen in Japan ansässiger, internationaler Schulen bzw. Schulen westlicher Länder, die von amerikanischen oder britischen Evaluationsagenturen akkreditiert wurden, sondern auch Abgängern chinesischer und südkoreanischer Schulen der Zugang zu japanischen Hochschulen ohne die Hürde einer zusätzlichen Vorprüfung ermöglicht wird. Bisher wurden diese Schulabsolventen so eingestuft als ob sie außerhalb Japans ihre Oberschulbildung absolviert hatten: Sie mussten sich durch eine spezielle Vorprüfung für die Teilnahme an den regulären Aufnahmeprüfungen qualifizieren.

Da Japan keine diplomatischen Beziehungen zu Nordkorea unterhält, überlässt das MEXT im Falle von Abgängern pro-nordkoreanischer Schulen die Entscheidung den jeweiligen Universitäten. Inzwischen möchten fast 70% der 83 staatlichen Universitäten auch diesen betroffenen Schülern ab nächstem Jahr den Hochschulzugang ohne zusätzliche Prüfungen ermöglichen. Die restlichen Universitäten sind offiziell noch unentschieden, es ist aber zu erwarten, dass sie sich der allgemeinen Linie anpassen werden. (Quellen: Asahi 03.07.2003, 02.08.2003, 06.10.2003)

2. 5 Reformen, Tendenzen

2. 5 Instandsetzung von staatlichen Universitäten (JSPS 2003, Nr. 1)

Das Ministry of Education, Culture, Sports, Science and Technology (MEXT) erarbeitete ein Konzept zur systematischen Instandsetzung staatlicher Universitäten und Einrichtungen, die während der Laufzeit des 2001 beschlossenen Science and Technology Basic Plan erfolgen soll.

Der Basic Plan sieht die Renovierung der oft zu kleinen und abgenutzten Universitätsräumlichkeiten als Basis und wichtigste staatliche Aufgabe für die Förderung von Wissenschaft und Technologie vor.

Vorrangiges Ziel ist der Ausbau der zu den Graduate Schools gehörenden Einrichtungen (um ca. 1,2 Mio.m²), der Standorte erstklassiger Forschung (um ca. 400.000m²) und herausragender Universitätskliniken (um ca. 500.000m²).

Die Instandsetzung veralteter, vor 1970 errichteter Gebäude (3,9 Mio.m²) wird je nach Dringlichkeit der Renovierungsmaßnahmen vonstatten gehen.

Gemeinsam sowie vielfältig benutzte Forschungseinrichtungen, die Forschung und Lehre dienen, werden vorrangig instand gesetzt. Bei der Nutzung der Einrichtungen soll ein beschleunigtes Verwaltungssystem mehr Effektivität ermöglichen.

Grundsätzlich werden die Instandsetzungsarbeiten durch staatliche und private Mittel finanziert, doch sollen auch hier neue Wege geprüft werden, u.a. durch PFI (Private Financing Initiative, hierbei werden zur Errichtung, Instandsetzung und Verwaltung von staatlichen Gebäuden Kapital, Führungskompetenzen und technisch Fähigkeiten privater Unternehmen genutzt) oder in Zusammenarbeit mit anderen Behörden oder lokalen gemeinnützigen Organisationen. (Quelle: Monbukagakujihô 09.2002, Nr.1516)

2. 5 Neue Universität für Biowissenschaften (JSPS 2003, Nr. 1)

Im April soll in Nagahama, Präfektur Shiba, in einem Forschungspark eine Fachuniversität für Biowissenschaften und Biotechnologie eröffnet werden. Damit möchte Japan seinen Rückstand auf diesem sich rasch entwickelnden Gebiet aufholen und gleichzeitig die lokale Wirtschaft beleben.

Nach einem Bericht des Biotechnology Strategy Council wurden auf dem japanischen Markt für Biotechnologie und den daran angrenzenden Bereichen Yen 1,3 Bio. (Euro 10 Mrd.) umgesetzt, in Amerika hingegen Yen 3 Bio. (ca. Euro 23 Mrd.) und in Europa Yen 2 Bio. (ca. Euro 15,4 Mrd.). Zudem betrage das Budget für diesen Forschungssektor in Japan nur Yen 44 Mio. (ca. Euro 338.500) in Amerika stünden im Fiskaljahr 2003 dem National Institute of Health hingegen US\$ 27,5 Bio. (ca. Euro 27,5 Bio.) zur Verfügung. Bis 2010 soll der japanische Biotechnologiemarkt auf Yen 25 Bio. (ca. Euro 192 Mrd.) anwachsen und über eine Million neue Arbeitsplätze schaffen.

Die neue Universität soll 200 Studienplätze anbieten und nur aus einer Fakultät mit den fünf Arbeitsbereichen Genetik, Molekularwissenschaft, Umwelttechnik, Zellenlehre und Informatik bestehen. Die Studienzeit soll vier Jahre betragen.

In drei Jahren ist zudem die Einrichtung eines Graduiertenkolleg geplant. Die Universität soll mit ausländischen Universitäten kooperieren, u.a. mit der Beijing University und der Stanford University. (Quelle: Japan Times 01.01.2003)

2. 5 Uneinigkeit über Postdoktoranden-Förderung (JSPS 2003, Nr. 1)

Zwischen Vertretern des Ministry of Education Culture, Sports, Science and Technology (MEXT) und des Council for Science and Technology Policy kam es zu heftigen Diskussionen über die Postdoktoranden-Förderung. Dabei betonte der Council, dass eine Anstellung dieser jungen Wissenschaftler über die Forschungsmittelvergabe per Auswahlverfahren angemessen sei (Universitäten oder Forschungsinstitute stellen Postdoktoranden ein), deshalb das aktuelle Research-Fellow-System der Japan Society for the Promotion of Science (JSPS) (Postdoktorand sucht Forschungsvorhaben und Institut selbst aus) abzuschaffen sei und die Gelder für dieses Programm in den Personalkostenteil der Grants-in-Aid for Scientific Research (Kakenhi) übergehen sollten.

Das MEXT hat hingegen darauf verwiesen, dass eine Postdoktoranden-Förderung lediglich in Form einer Anstellung nicht ausreiche, sondern ein Stipendium wie für die Research-Fellows benötigt werde.

Hintergrund sind die Bestrebungen des Councils, eine Verdoppelung der Fördermittel per Auswahlverfahren - Erläuterungen dazu im Science and Technology Basic Plan - zu erreichen, da dies seinem Engagement für die Ausbildung an den Graduate Schools entgegen käme. Im Jahre 2002 standen in Japan 1810 Postdoktoranden über die Mittelvergabe per Auswahlverfahren des MEXT (Kakenhi, Core Research for Evolutional Science and Technology (CREST) etc.) in einem Anstellungsverhältnis (Anstellungsform), dazu kommen 1578 Postdoktoranden, die als Research Fellows der JSPS gefördert wurden (Stipendienform).

Bei der Anstellungsform sind 32,2% im Bereich der Naturwissenschaften tätig, 25,7% in Fächerkombinationen, 22,4% in den Ingenieurwissenschaften, 14,0% in der Medizin und je einige Prozent in den Bereichen Recht, Kultur und Wirtschaftswissenschaften. Bei der Stipendienform kommen 28,1% aus den Naturwissenschaften, 24,2% aus den Kulturwissenschaften, 13,1% aus Fächerkombinationen, 10,3% aus den Agrarwissenschaften, 9,4% aus den Ingenieurwissenschaften, 9,3% aus der Medizin, 3,5% aus den Rechtswissenschaften und 2,2% aus den Wirtschaftswissenschaften. Diese Zahlen weisen auf deutliche Unterschiede bei den Tätigkeitsfeldern je nach Förderungsart hin.

Der Council for Science and Technology Policy äußerte Bedenken über die Praxis, dass von JSPS geförderte Postdoktoranden an eine Institution gehen, die gleichzeitig Empfänger von Forschungsgeldern aus dem Topf der Forschungsmittelvergabe per Auswahlverfahren ist. Die Stipendienform solle nur noch für die Kultur- und Sozialwissenschaften gelten, die Naturwissenschaften und Fächerkombinationen sollten in die Grants-in-Aid for Scientific Research einbezogen werden.

Das MEXT hingegen hält das Research-Fellow-System für wichtig, um zur Ausbildung von Forschern in allen wissenschaftlichen Fachgebieten beizutragen. Den Grants-in-Aid for Scientific Research käme eine andere politische Bedeutung zu, und sie seien unentbehrlich für den Schutz der wissenschaftlichen Forschung in Japan.

Aus einer MEXT-Studie unter den betroffenen Postdoktoranden geht hervor, dass 66,5% der angestellten Postdoktoranden ihrer eigenen Förderung gegenüber positiv eingestellt sind, während es bei den Postdoktoranden aus dem Stipendiensystem 88,4% sind. Die jeweils andere Förderform bewerteten 73,5% der angestellten Postdoktoranden und 44,1% der Postdoktoranden aus dem Stipendiensystem positiv.

Obwohl es seit 2001 möglich ist, Personalkosten in die Grants-in-Aid zu integrieren, wurden damals wegen unzureichender Regelungen nur wenige Postdoktoranden über diese Mittel angestellt. Nach einer Überarbeitung ist seit Anfang 2002 die Zahl der angestellten Postdoktoranden gestiegen und man geht von noch höheren Zahlen aus, wenn diese Finanzierungsmöglichkeit erst weiter bekannt ist.

Offensichtlich ist es jedoch notwendig, dass sowohl der Council als auch das MEXT sich die grundsätzliche Frage, wer Zielgruppe ist, wieder vor Augen halten und ihre Maßnahmen entsprechend planen, durchführen und evaluieren. (Quelle: Kagaku Shimbun 13.12.2002)

2. 5 Hochschulreform in Japan (2003, Nr. 1)

In den vergangenen Jahren wurden eine ganze Reihe von Hochschulreformen vorgenommen, die im Jahre 1991 mit der Lockerung der nationalen Bestimmungen zur Gründung von Universitäten begannen. Die Trennung zwischen Studium Generale und Fachstudium wurde aufgehoben, viele Universitäten lösten daraufhin betroffene Fakultäten auf und strichen Vorlesungen. Ferner wurden die Hochschulen zu internen Prüfungen und Selbstevaluation verpflichtet. Der University Council schlug außerdem eine Verdoppelung der Studentenzahl an den Graduate Schools vor.

1997 wurden ein System zur Amtsdauer von Hochschullehrern und 1998 die Technology Licensing Offices (TLO), die die Weitergabe von Forschungsergebnissen aus den Hochschulen an Unternehmen regeln, eingeführt (vgl. JSPS Rundschreiben 03/1998).

Im Jahr 2000 rückte dann die Strukturreform in den Mittelpunkt und es wurde besonderer Wert auf Wettbewerb und Evaluation gelegt. Im selben Jahr schuf das Ministry of Education, Sports, Science and Technology (MEXT) die National Institution for Academic Degrees und evaluierte probeweise staatliche Universitäten, da die o.g. internen Prüfungen und die Selbstevaluation als nicht mehr ausreichend empfunden wurden.

Im Juni 2001 sorgte der nach der amtierenden Ministerin auch als Toyama Plan bezeichnete "Plan zur Strukturreform an staatlichen Universitäten", über den in den letzten Rundschreiben ausführlich berichtet wurde, bei den Universitäten für Aufregung. Dieser sieht die Einführung von Wettbewerbsprinzipien vor und zwar speziell durch Reorganisation und Zusammenschluss von Universitäten, durch die Umwandlung staatlicher Universitäten in eigenständige Körperschaften und das 21st Century Center of Excellence (COE) Program. Im Rahmen von Reorganisation und Zusammenschluss haben zwölf Gruppen staatlicher Universitäten sich für einen Zusammenschluss bis zum Jahre 2003 entschieden. Außerdem fand 2002 die erste Auswahl für das COE-Program statt (vgl. JSPS Rundschreiben 05/2002). Für 2003 ist der Beginn der Einrichtung von berufsbildenden Graduate Schools (vgl. JSPS Rundschreiben 04/2002) geplant, die dann 2004 ihren Betrieb aufnehmen sollen. 2004 wird aufgrund der Umwandlung staatlicher Universitäten in Körperschaften, der Einführung eines externen Evaluationssystems (vgl. JSPS Rundschreiben 06/2002) und durch den Start der Law Schools (vgl. vorherige Rundschreiben) ein wichtiger Wendepunkt erreicht werden, und diese bevorstehenden Neuerungen werden bereits im Fiskaljahr 2003 deutlich zu spüren sein. (Quelle: Asahi 01.01.2003)

2. 5 Gesetzentwurf für staatliche Universitäten als Körperschaften (JSPS 2003, Nr. 2)

Das Ministry of Education, Culture, Sports, Science and Technology (MEXT) hat im Rahmen der Vorbereitungen der für das Frühjahr 2004 anstehenden Umwandlung staatlicher Universitäten in Körperschaften ein Konzept zum "Gesetzentwurf für staatliche Universitäten als Körperschaften" erstellt. Diesem Konzept zu Folge werden eine aus Rektor, Geschäftsführern und Inspektoren bestehende "Vorstandsversammlung", ein "Verwaltungsrat" und ein "Rat" (Beratung in Fragen der Lehre) an der Leitung der Körperschaften beteiligt. Für die Ernennung der Verwaltungsratsmitglieder hört der Rektor die

Meinung des Rates. Mehr als die Hälfte der zu ernennenden Mitglieder müssen Akademiker aus außeruniversitären Kreisen sein. In der Vorstandsversammlung sollen auch außeruniversitäre Mitglieder vertreten sein. Der Rat besteht aus den Dekanen und weiteren universitätsinternen, gewählten Mitgliedern.

Die Amtsdauer des Rektors betrug bislang max. vier Jahre, es ist jedoch geplant, dass die Körperschaften - unter der Vorgabe einer Amtsdauer von mind. zwei und höchstens sechs Jahren - Handlungsfreiheit haben. Die Wahl des Rektors wird von einer "Kommission zur Wahl des Rektors" vorgenommen, die sich aus Vertretern des Rates und Vertretern, die aus den Reihen der außeruniversitären Mitglieder des Verwaltungsrates ausgewählt wurden, zusammensetzt. Alle Körperschaften werden über einen zu erstellenden Plan geleitet, der auf einer vom MEXT vorgegebenen mittelfristigen Zielsetzungen (für sechs Jahre) basiert und dessen Reformen für Forschung und Lehre sowie geschäftliche und finanzielle Angelegenheiten abzielt.

Es soll wohl auch die Regelungen aufgenommen werden, dass bei einer Leistungsver schlechterung das MEXT den Rektor oder der Rektor auch den Vorstand entlassen kann.

Nach weiteren Beratungen soll der Gesetzentwurf fertig gestellt und dem Parlament vorgelegt werden.

(Quelle: Asahi 21.01.2003)

2. 5 Universitäten verschieben Zusammenlegung (JSPS 2003, Nr. 2)

Die Saitama University und die Gunma University haben ihre Pläne für einen Zusammenschluss im Oktober 2004 um ein Jahr verschoben. Da sich die Universitäten in verschiedenen Präfekturen befinden, wird das Fusionsverfahren noch einmal genau überprüft.

Ursprünglich sollten die beiden pädagogischen Fakultäten zu einer Fakultät an der Saitama University vereinigt werden, da diese über die größere pädagogische Fakultät verfügt. Verwaltungsbeamte der Präfektur Gunma und Beamte aus dem Bildungsbereich hatten sich aber strikt gegen diesen Zusammenschluss ausgesprochen.

Darüber hinaus hatten 200.000 Personen eine Petition für den Erhalt der pädagogischen Fakultät der Gunma University unterzeichnet. In Folge dessen war von Seiten beider Universitäten versprochen worden, in Zukunft mehr Wert auf Zustimmung von lokaler Ebene zu legen. Vergeblich hatte man sich jedoch um Einvernehmen bemüht, u.a. mit dem Vorschlag, an der Gunma University eine neue Abteilung einzurichten, die die Fächer Literatur und wissenschaftliche Studien kombiniert.

Viele der potentiellen Studenten wurden bereits durch die ungewisse Lage abgeschreckt, so haben sich an der Saitama University 400 Studenten weniger beworben als im Jahr zuvor, an der Gunma University waren es sogar 1000 Studenten weniger.

Dies ist die neuste einer Reihe von Schwierigkeiten, mit denen sich das Ministry of Education, Sports, Culture, Science and Technology (MEXT) konfrontiert sieht, nachdem es den Zusammenschluss von Universitäten, die Lehrer ausbilden, zum Kern seiner Reform staatlicher Universitäten gemacht hatte. Hintergrund für diese Reform ist die sinkende Geburtsrate und der damit einhergehende geringere Bedarf an Lehrkräften sowie finanzielle Probleme auf staatlicher Seiten. (Quelle: Yomiuri 17.03.2003)

2. 5 Immer mehr Kurzzeituniversitäten schließen (JSPS 2003, Nr. 2)

Seit 1999 haben 17 Hochschulen beschlossen, die Aufnahme von neuen Studenten einzustellen. Meistens sind es Kurzzeituniversitäten in ländlichen Gebieten, die sich zu diesem Schritt entschlossen haben. Doch auch private Universitäten mit vierjährigen Studiengängen haben oft Schwierigkeiten, ausreichend hohe Immatrikulationszahlen zu erreichen. Nicht betroffen sind lediglich die Kurzzeituniversitäten, deren Absolventen aufgrund der Studiengänge in den Bereichen Altenpflege, Sozialarbeit und Kinderbetreuung sofortige Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben.

Aufgrund der nachlassenden Beliebtheit von Kurzzeituniversitäten haben sich seit 1998 10 bis 20 Kurzzeituniversitäten pro Jahr in vierjährige Universitäten umgewandelt. Dieser Schritt ist jedoch auch keine Erfolgsgarantie, wie das Beispiel der Risshikan University (Präfektur Hiroshima) zeigt. Sie wurde 2000 von einer Kurzzeituniversität zu einer Universität mit vierjährigen Studiengängen umstrukturiert wurde und als erste Universität in Japan ihre Schließung bekannt gab.

Aufgrund der sinkenden Geburtenrate ist eine Immatrikulation leichter geworden und viele Bewerber hoffen nun, sich in einer der bekannten Universitäten in einer größeren Stadt einschreiben zu können. Laut einer Untersuchung der Promotion and Mutual Aid Corporation for Private Schools of Japan haben sich im Fiskaljahr 2002 197.000 Studenten an Kurzzeituniversitäten immatrikuliert, drei Viertel weniger als vor zehn Jahren. Entsprechend haben 48% der privaten Kurzzeituniversitäten Probleme, ihre Kapazitäten auszufüllen. (Quelle: Asahi 13.03.2003)

2. 5 Forschungsmittelvergabe per Auswahlverfahren (JSPS Nr. 3, 2003)

Ein Projektteam des Council for Science and Technology Policy (CSTP) hat Vorschläge zur Reform der staatlichen Forschungsmittelvergabe per Auswahlverfahren fertiggestellt. Für die Vergabe dieser Mittel reichen die Forscher Themenvorschläge ein, die zuständigen Ministerien prüfen diese und entscheiden über die Mittelverteilung. Sieben Ministerien, darunter das Ministry of Education, Culture, Sports, Science and Technology (MEXT) und das Ministry of Economy, Trade and Industry (METI) betreiben zur Zeit 26 Programme dieser Art. für das Jahr 2003 wurde der Etat für diese Förderprogramme mit Yen 349 Mrd. (z.Zt. ca. Euro 2,5 Mrd.) veranschlagt, das sind ca. 10% des staatlichen Forschungsetats.

Die Grants-in-Aid for Scientific Research (Kakenhi) haben einen Anteil von ca. 50% an diesen per Auswahlverfahren vergebenen Forschungsmitteln. Die Vorschläge sehen vor, dass in Zukunft auch in Unternehmen beschäftigte Wissenschaftler alle diese per Auswahlverfahren vergebenen Forschungsmittel beantragen können. Bislang bewarben sie sich hauptsächlich um Kakenhi.

Um besonders den wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern, soll bei den Auswahlverfahren durch die Ministerien der Schwerpunkt nicht mehr auf den bisherigen Leistungen der Wissenschaftler sondern auf deren Forschungsplan gelegt werden.

Im Rahmen der Umwandlung staatlicher Universitäten in Körperschaften im April 2004 können die Universitäten ihre Personal- und Gehaltssysteme selbst bestimmen. Die Regierung fordert, dass die Universitäten zur Belegung des internen Wettbewerbs den Erwerb von Forschungsmittel per Auswahlverfahren oder anderer Drittmittel bei den Gehalts- bzw. Personalangelegenheiten berücksichtigt werden sollen. Ferner sollen diese Drittmittel von den Universitäten verwaltet werden, um den Missbrauch staatlicher Mittel zu verhindern. (Quelle: Nikkei 24.03.2003)

2. 5 Reform für Forschungsmittelvergabe per Auswahlverfahren (JSPS Nr 4, 2003)

Der dem Büro des Premierministers unterstehende Council for Science and Technology Policy (CSTP) beschloss Ende April 2003 die Richtlinien für eine Reform der "Forschungsmittelprogramme per Auswahlverfahren", unter denen das Grants-in-Aid for Scientific Research (Kakenhi) des Ministry of Education, Culture, Sports, Science and Technology (MEXT) mehr als die Hälfte der Mittel ausmacht (vgl. JSPS Rundschreiben 03/2003). Die Regierung plant trotz schwieriger Finanzlage die Verdoppelung der Forschungsmittel per Auswahlverfahren und setzte die Summe von Yen 600 Mrd. für das Fiskaljahr 2005 zum Ziel. Die Richtlinien im Zusammenhang mit der Umwandlung staatlicher Universitäten in Körperschaften (im April 2004) beinhalten u.a. die Berücksichtigung der Forschungsergebnisse sowie die erfolgreiche Einwerbung von Forschungsmitteln bei Gehalts- bzw. Personalangelegenheiten. Außerdem sollen jungen Wissenschaftlern größere Chancen für die Mitteleinwerbung ermöglicht werden. Der Council for Science and Technology im MEXT jedoch kritisiert diese Reform, und hält es für bedenklich, dass die Kakenhi-Mittel auch den in Unternehmen tätigen Wissenschaftlern zugänglich gemacht werden sollen. Man argumentiert, dass Forschung eigentlich nur in Universitäten betrieben werden sollte und die Mittelvergabe an profitorientierte Unternehmen problematisch sei. Auch die Idee des CSTP, dass allein die Japan Society for the Promotion of Science (JPSP), die ab Oktober 2003 den Status einer unabhängigen Körperschaft tragen wird, das Auswahlverfahren und die Verteilung der Mittel übernehmen soll, stößt im MEXT auf Widerstand. Für unnötig hält der Council for Science and Technology den Vorschlag des CSTP, dass der einzureichende Forschungsplan eines Bewerbers nun mindestens zehn Seiten (bisher ein bis zwei Seiten) umfassen soll. Der Council for Science and Technology, der die Reform evaluieren wird, will bei seinem Gutachten darauf hinweisen, dass durch die Förderung des Wettbewerbs in den Fachgebieten die Grundlagenforschung zu kurz kommen wird. (Quellen: Kagaku Shimbun 23.05.2003, Asahi 21.05.2003)

2. 5 Mittelvergabe an private Hochschulen (JSPS Nr 4, 2003)

Japans Ministry of Education, Culture, Sports, Science and Technology zieht Maßnahmen in Erwägung, nach denen private Universitäten in Sonderfällen - auch wenn sie die festgesetzten Studentenzahlen nicht erreichen - staatliche Finanzhilfen, die Privat- und Kurzzeituniversitäten zugeteilt werden, in Anspruch nehmen können. Derzeit ist die Zeitdauer für diese Sonderregelung noch unbegrenzt, ab nächstem Jahr jedoch ist in diesen Fällen die staatliche Finanzhilfe auf maximal drei Jahren begrenzt. Eine sehr drastische Maßnahme für diejenigen Einrichtungen, die etwa wegen Schülermangels mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Die Promotion and Mutual Aid Corporation for Private Schools of Japan, die für die Verteilung der Gelder zuständig ist, sprach sich in einem formellen Schreiben für eine Revision der Richtlinien für die Finanzmittelverteilung aus. Unter dem derzeit geltenden System werden, wenn die Zahl der Schüler auf weniger als 50% der Aufnahmekapazität sinkt, besagte Gelder nicht ausgezahlt. Dies wird damit begründet, es sei nicht mehr zu erwarten, dass das Ziel der Mittelvergabe, d.h. die Aufrechterhaltung bzw. die Hebung des Niveaus von Forschung und Lehre, zu

erreichen ist. Von einer solchen Kürzung waren 2001 eine Universitätsfakultät sowie 82 Fachbereiche an 65 Kurzzeituniversitäten betroffen, während 868 Einrichtungen mit insgesamt fast Yen 309,5 Mio. unterstützt wurden. Damit zeitweise geringere Studentenzahlen sich jedoch in Zukunft nicht negativ auf eine sich vielleicht gerade im Aufschwung befindliche finanzielle Grundlage auswirken können, sollen in Sonderfällen zukünftig u.a. die Öffentlichmachung der finanziellen Situation oder eine externe Evaluierung der Forschung und Lehre als Vergabekriterien eine Rolle spielen. (Quelle: Asahi 23.06.2003)

2. 5 - 72 Law Schools ab April 2004 (JSPS Nr 4, 2003)

Nach Angaben des Ministry of Education, Culture, Sports, Science and Technology (MEXT) wollen 72 Hochschulen (20 staatliche, 2 öffentliche, 50 private) und Graduate Schools im April 2004 Law Schools (vgl. JSPS Rundschreiben 04/2002) einrichten. Nachdem der Council for University Chartering and School Juridical Persons die Anträge geprüft hat, wird Ende November die endgültige Zahl der Law Schools festgelegt. Laut MEXT sind Einzelheiten zu Studiengebühren oder Terminen für Aufnahmeprüfungen noch nicht ausgearbeitet. Bei den privaten Universitäten ist von jährlichen Studiengebühren in Höhe von Yen 1,5 Mio. bis 2 Mio. auszugehen, jedoch kann dieser Betrag im Wettbewerb mit den staatlichen Universitäten noch schwanken. Wenig ausgereift sind auch die Überlegungen zu Stipendien oder staatlicher Unterstützung insbesondere für Studenten, die aus ihrem Beruf aussteigen und das Studium selbst finanzieren müssen. Der Studienplan für die Studenten der Law Schools (Regelstudienzeit 3 Jahre, für Jura-Absolventen 2 Jahre) ist reichlich beladen mit theoretischen Fächern und praxisorientierten Programmen, so dass es für Berufstätige wohl kaum möglich sein wird, Studium und Beruf miteinander zu vereinbaren. Die Universitäten sind nun bemüht, gute Lehrkräfte für die Ausbildung von hochqualifizierten und kompetenten Juristen zu gewinnen. (Quelle: Nikkei und Asahi 01.07.2003)

2. 5 Pharmaziestudium wird verlängert (JSPS Nr. 5 - 6, 2003)

Zur Ausbildung besser qualifizierter Pharmazeuten haben das Ministry of Education, Culture, Sports, Science and Technology (MEXT) und das Ministry of Health, Labour and Welfare (MHLW) beschlossen, den vierjährigen Pharmaziestudiengang in ein sechsjähriges Studium umzuwandeln. Erforderlich wird dieser Schritt aufgrund der fortschreitenden Entwicklungen auf pharmazeutischem Gebiet, insbesondere bei der Krebsbehandlung, die ein breitgefächertes Wissen erfordern. Zudem hat sich das Aufgabengebiet der Pharmazeuten erheblich vergrößert, z.B. zählt dazu auch die Verhütung von Behandlungsfehlern durch Medikamentengabe.

Beide Ministerien wollen die dazu notwendigen Gesetzesentwürfe im kommenden Jahr bei der regulären Parlamentssitzung vorlegen. Nach Verabschiedung der Änderung wird es bis zur Einführung bei den Studienanfängern noch zwei bis drei Jahre dauern.

Seit Herbst letzten Jahres prüft ein Rat im MEXT die Reform des Pharmaziestudiums. Neben einem sechsjährigen Studium fordert dieser von den Universitäten Unterstützung bei der lebenslangen Weiterbildung von Pharmazeuten durch Abendkurse, öffentliche Vorträge und Fernunterricht.

Nach Forderungen des MHLW sollen statt der bisher maximal vierwöchigen Praktika mindestens sechsmonatige Praktika verpflichtend werden. Es gibt in Japan insgesamt 48 staatliche, öffentliche und private pharmazeutische Hochschulen sowie pharmazeutische Fakultäten, von denen die meisten das sechsjährige Studium einführen wollen. (Quelle: Asahi 02.08.2003)

2. 5 Lebenslange Stiftungsprofessur (JSPS Nr. 5 - 6, 2003)

Das Research Center for Advanced Economic Engineering (AEE) der University of Tokyo hat am 30.10. bekannt gegeben, dass es ab April nächsten Jahres ein neues Professorensystem einführen werde, dessen Gehalts- und Forschungskosten allein durch Spenden von Unternehmen getragen werden. Bisher bekamen Professoren, die an einem Stiftungslehrstuhl beschäftigt waren, nur eine befristete Anstellung von höchstens fünf Jahren und ihre Stellung glich der eines Gastprofessors. Nun erhalten diese Professoren eine Festanstellung an der Universität, ohne Pensionsalter (gegenwärtig liegt dies bei 61 Jahren), also eine tatsächlich lebenslange Professur.

Als Erster will das in Nagoya ansässige, pharmazeutische Unternehmen Kyowa der Universität Yen 400 Mio. (Euro 3 Mio.) spenden. Eine demnächst zu gründende, mit Experten besetzte Auswahlkommission innerhalb der AEE wird bis März nächsten Jahres aus dem Bereich der Lebenswissenschaften einen "Kyowa-Fond-Professor" auswählen, der entweder aus dem privatem Sektor, von der University of Tokyo oder von einer anderen Universität kommen kann. (Quelle: Nikkei 31.10.2003)

2. 6 Qualität, Qualitätssicherung, Steuerung

2. 6 Förderprogramm für Lehre (JSPS 2003, Nr. 2)

Das Ministry of Education, Culture, Sports, Science and Technology (MEXT) hat Mitte Januar Details zum "Förderprogramm für herausragende Universitätslehre" (vgl. JSPS Rundschreiben 05/2002) bekannt gegeben, das im nächsten Jahr starten soll und nach erfolgter Evaluation den aktiven Einsatz für die Lehre auch finanziell belohnt.

Die Lehrevaluation soll von einem neu zu gründenden Komitee vorgenommen werden, in dem die Japan University Accreditation Association eine zentrale Rolle spielt und dem auch Akademiker angehören.

Für die Forschung gibt es bereits ein entsprechendes Fördersystem, das "21st Center of Excellence (COE) Programm" (vgl. JSPS Rundschreiben 02+03/2002, 05/2002). Im Rahmen des neuen Programms soll hauptsächlich auf Fakultäts- und Fachbereichsebene evaluiert und zum Teil auch die interuniversitäre Zusammenarbeit bei der Evaluation zum Gegenstand der Evaluation gemacht werden, während die Dozenten selbst sowie Lehrprogramme einzelner Fachbereiche ausgeklammert werden. (Quelle: Nikkei 24.01.2003)

2. 6 Weltweiter und nationaler Zitierungsindex (JSPS Nr. 3, 2003)

Das amerikanische Institute for Scientific Information (ISI) hat Anfang April die Namen der 20 führenden japanischen Forschungseinrichtungen auf Grundlage des Zitierungsindex der Jahre 1992 bis 2002 bekannt gegeben. Für die Institute, die in den 22 überwiegend naturwissenschaftlichen Fachgebieten zu den 1% mit dem höchsten Zitierungsindex zählen, wurde ein Gesamtwert für alle Fachgebiete ermittelt und nachfolgende Rangfolge erstellt.

Die fünf Bestplatzierten in der nationalen Gesamtwertung sind auch weltweit unter den besten 100 Forschungsinstituten zu finden. Die University of Tokyo (Platz 1) steht international auf Platz 16, gefolgt von der Kyoto University (Platz 2) auf Platz 30, der Osaka University (Platz 3) auf Platz 36, der Tohoku University (Platz 4) auf Platz 82 und der Nagoya University (Platz 5) auf Platz 99.

Die Plätze 6-10 der nationalen Wertung werden von der Kyushu University, der Hokkaido University, dem Tokyo Institute of Technology, dem Institute of Physical and Chemical Research (RIKEN) und der University of Tsukuba eingenommen. Die private Keio University steht auf Platz 14.

Bei der nach Fachgebieten getrennten Bewertung steht die Tohoku University im Bereich Materialwissenschaften und die University of Tokyo im Bereich Physik weltweit an der Spitze. In der Chemie steht die University of Tokyo an zweiter Stelle, gefolgt von der Kyoto University. (Quelle: Asahi 08.04.2003)

2. 6 Evaluation von Forschung und Lehre (JSPS Nr. 3, 2003)

Die zum Ministry of Education, Culture, Sports, Science and Technology (MEXT) gehörende National Institution for Academic Degrees (NIAD) hat Ende März die Ergebnisse der im Jahre 2001 durchgeführten Evaluation von Forschung und Lehre an staatlichen Universitäten veröffentlicht. Im Zusammenhang mit der für das Jahr 2004 anstehenden Umwandlung staatlicher Universitäten in Körperschaften wird eine externe Evaluation verpflichtend (vgl. JSPS Rundschreiben 06/2002), auf deren Basis die Zuteilung der Finanzmittel erfolgt. Die diesmalige Evaluation war ein Probelauf hierfür und die zweite ihrer Art. Themen waren das ‚Studium Generale‘ (in Japan die beiden ersten Jahre an der Universität) und die ‚Kooperation mit der Gesellschaft bei Forschungsaktivitäten‘.

Evaluiert wurden mehr als 90 staatliche Universitäten sowie 14 Forschungseinrichtungen, die von mehreren Universitäten gemeinschaftlich genutzt werden.

Beurteilung fand in den folgenden fünf Kategorien statt:

1. Umfassende Reformen erforderlich
2. Reformen erforderlich
3. Umfassende Leistungen vorhanden (die Leistungen haben sich verbessert), aber Reformen erforderlich
4. In fast allen Gebieten hervorragende Leistungen vorhanden (die Leistungen haben sich verbessert), aber Reformen möglich
5. Hervorragende Leistungen vorhanden (die Leistungen haben sich verbessert)

Beim Thema ‚Studium Generale‘ wurden im Bereich ‚Leistungen in der Lehre‘ 28 Universitäten (30%) in Kategorie 2 und 63 Universitäten (66%), darunter die Kyoto University und die Hitotsubashi University, in Kategorie 3 eingestuft. Lediglich vier Universitäten, u. a. die University of Tokyo, kamen in Kategorie 4, während keine Universität in Kategorie 1 oder 5 eingeordnet wurde.

Im Ergebnis bedeutet dies, dass über 90% der Universitäten auf erforderliche Reformen hingewiesen wurden. Insbesondere wurde kritisiert, dass die Fremdsprachenkenntnisse der Studenten nicht

ausreichend seien, die Studenten den Vorlesungen nicht in ausreichendem Maße folgen und nicht in angemessenem Maße selber lernen würden.

Von Universitätsseite wurde allerdings auch Kritik an der Evaluation laut. 30% bemängelten, dass Unterlagen und Daten, die als Grundlage für die Evaluation dienten, nicht in entsprechendem Umfang vorhanden gewesen seien und man daher keine Analyse hätte vornehmen können. Es habe zwischen den Universitäten und der NIAD Missverständnisse gegeben, weshalb die Universitäten in insgesamt 159 Fällen Einspruch gegen die Evaluation erhoben.

Beim Thema ‚Kooperation mit der Gesellschaft‘ fiel das Ergebnis wesentlich positiver aus. Es wurden 41 Universitäten und Forschungseinrichtungen (36%) in die Kategorie 5, 61 (54%) in die Kategorie 4, 9 (8%) in die Kategorie 3, 2 (2%) in die Kategorie 2 und keine in die Kategorie 1 eingeordnet. (Quellen: Asahi 26.03.2003, Nikkei 27.03.2003)

2. 6 Auswahl für das 21st Century Center of Excellence-Program (JSPS Nr. 3, 2003)

Die Bewerbungsfrist in 2003 für das 21st Century Center of Excellence (COE) Program (vgl. JSPS Rundschreiben 02+03/2002, 05/2002), mit dem man auf die Schaffung von Stützpunkten für Forschung und Lehre auf Spitzenniveau an Universitäten abzielt, ist abgelaufen. Für die fünf Bereiche ‚Medizinische Gebiete‘, ‚Mathematik, Physik und Geowissenschaften‘, ‚Maschinenbau, Bauingenieurwesen, Architektur und andere Ingenieurwissenschaften‘, ‚Sozialwissenschaften‘ sowie ‚Interdisziplinären Studien, Fächerkombinationen und neue Fachgebiete‘, für die in diesem Jahr die Auswahl stattfindet, sind Bewerbungen von 225 Universitäten eingegangen. Davon kommen 81 von staatlichen, 29 von öffentlichen und 115 von privaten Universitäten. Die University of Tokyo liegt mit 24 Anträgen an erster Stelle gefolgt von der Osaka University mit 17 Anträgen und der Kyoto University mit 15 Anträgen. Nachdem die Anträge das Auswahlkomitee für das 21st Century COE Program passiert haben, sollen Ende Juni die Ergebnisse feststehen. (Quelle: Nikkei 22.03.2003)

2. 6 Auswahl für das 21st Center of Excellence-Program (JSPS Nr. 5 - 6, 2003)

Das Ministry of Education, Culture, Sports, Science and Technology (MEXT) hat Mitte Juli die für das Jahr 2003 im Rahmen des "21st Century Center of Excellence (COE) Program" (vgl. JSPS Rundschreiben 03/2003, 05/2002, 02+03/2002) ausgewählten 133 Projekte von 56 Universitäten veröffentlicht.

Es werden insgesamt Yen 15,8 Mrd. (Euro 1,2 Mrd.) für die Bereiche ‚Medizinische Gebiete‘ (35 Projekte), ‚Sozialwissenschaften‘ (26 Projekte), ‚Mathematik, Physik und Geowissenschaften‘ (24 Projekte), ‚Maschinenbau, Bauingenieurwesen, Architektur und andere Ingenieurwissenschaften‘ (23 Projekte), sowie ‚Interdisziplinäre Studien, Fächerkombinationen und neue Fachgebiete‘ (25 Projekte) zur Verfügung gestellt.

Die University of Tokyo belegt mit 15 Projekten aus einem breiten Spektrum von Forschungsthemen den ersten Platz. Es folgen die Kyoto University (11 Projekte), sowie mit jeweils sieben Projekten die Osaka University, die Tohoku University und die private Keio University. 97 (73%) der ausgewählten Projekte stammen von 31 staatlichen Universitäten, fünf (4%) von vier öffentlichen Universitäten und 31 Projekte (23%) von 21 privaten Universitäten. Die Bewilligungsquote liegt bei 28,8% im Falle der staatlichen Universitäten, 9,1%, bei den öffentlichen und 14,2% bei den privaten Universitäten. Die sieben ältesten Universitäten Japans (ehemals kaiserliche Universitäten, darunter die University of Tokyo und die Kyoto University) werden mit 56 Forschungsprojekten (42%) auch dieses Jahr am stärksten gefördert. Ihre Bewilligungsquote beträgt 51,9%.

Nimmt man die fünf Fachgebiete, für die die Auswahl bereits im letzten Jahr erfolgt ist, hinzu, so werden 181 Projekte von 47 staatlichen Universitäten, neun Projekte von sieben öffentlichen Universitäten und 56 Projekte von 31 privaten Universitäten gefördert. Die University of Tokyo nimmt mit 26 Bewilligungen den ersten Platz ein gefolgt von der Kyoto University (22 Bewilligungen) sowie der Osaka University (14) und der Nagoya University (13). Insgesamt steht ein Budget in Höhe von Yen 33,4 Mrd. (Euro 2,8 Mrd.) zur Verfügung. (Quellen: Asahi 18.07.2003, Nikkei 18.07.2003)

2. 7 Kooperation mit Wirtschaft/Industrie

2. 7 University of Osaka: Kooperation mit Industrie (JSPS 2003, Nr. 1)

An den staatlichen Universitäten, die ihrer Umwandlung in Körperschaften im Jahr 2004 entgegensehen, werden nach und nach neue Projekte zur Zusammenarbeit mit der Industrie ins Leben gerufen. 15 Firmen aus dem Bereich der Informationstechnologie (IT), darunter IBM Japan, NEC und NS Solutions Corp. werden dieses Jahr an der Graduate School of Engineering der Hokkaido University im Fachgebiet

Systems and Information Engineering gemeinsam zwei Stiftungslehrstühle für drei Jahre einrichten, einen im Bereich System Engineering, den anderen im Bereich Softwareentwicklung. Pro Jahr stellen die Firmen dafür ein Budget in Höhe von Yen 150 - 350 Mio. (Euro 1,15 - 2,7 Mio.) zur Verfügung. Die Firmen setzen Experten aus dem Bereich System- und Softwareentwicklung als Gastprofessor, Gast Associate Professor oder außerordentliche Dozenten auf den Lehrstühlen ein.

Die beteiligten Unternehmen haben somit auch Möglichkeiten, mit den Studenten direkt über eine eventuelle Einstellung zu verhandeln. Es ist auch davon auszugehen, dass sie Studenten mit vielversprechenden Unternehmensplänen Kapital zur Verfügung stellen und sie zur eigenen Unternehmensgründung motivieren.

Über diese Stiftungslehrstühle hinaus haben diese Unternehmen noch je ein bis zwei Spezialisten als außerordentliche Dozenten an die Osaka University entsandt. IBM Japan prüft derzeit auch die Entsendung eines Linuxexperten. Für die Universität ist es von Vorteil, vom Kapital und den Fähigkeiten eines privaten Unternehmens profitieren und zugleich das Niveau in der Lehre erhöhen sowie den Universitätsbetrieb stabilisieren zu können. (Quelle: Nikkei 05.01.2003)

2. 7 Kooperationsgremium an Osaka University (JSPS 2003, Nr. 1)

An der Osaka University wird in diesem Frühjahr mit ca. 100 Dozenten aller Fakultäten die Japanweit größte Einrichtung für universitäre Industriekooperation an einer Hochschule gegründet. Als erste ihrer Art wird sie für die staatlichen Universitäten, die ihrer Umwandlung in Körperschaften im Jahr 2004 entgegensehen, als Beispiel vorausgehen. Diese Einrichtung soll auf neue Aktivitäten in allen Fachgebieten reagieren können und gemeinsame Forschung von Industrie und Universität vorantreiben. Die neue Einrichtung entsteht durch den Zusammenschluss dreier bereits existierender Einrichtungen (Research Center for Advanced Science and Technology, Venture Business Laboratory, Offenes Zentrum für führende Forschung) unter dem vorläufigen Namen "Innovationszentrum für hervorragende Wissenschaft und Technologie". Einzelheiten und Konzept sowie die Auswahl des Personals werden in nächster Zeit diskutiert.

Dieses Innovationszentrum beschäftigt sich besonders mit fachübergreifenden Themen wie dem Städtebau unter Berücksichtigung von Umweltaspekten, künstlichen Organen aus Zellen und neuen Materialien, oder Katastrophenschutz unter Nutzung der Informationstechnologie. Außerdem soll eine neu einzurichtende Organisation den Aufbau von Venture-Unternehmen in diesen neuen Industriebereichen unterstützen und ein Lehrstuhl zur Ausbildung von technischen Führungskräften für Unternehmen eingerichtet werden.

Um nicht nur die naturwissenschaftlichen und technischen Bereiche zu fördern und zu vermarkten, sollen anhand eines neuen Systems auch die anderen Fachbereiche einbezogen und in deren Gebieten die Forderungen der Industrie berücksichtigt werden. (Quelle: Nikkei 05.01.2003)

2. 7 Universitäten kooperieren mit Venture-Kapitalunternehmen (JSPS 2003, Nr. 2)

Aufgrund der sinkenden Geburtenrate und der Einführung von Wettbewerbsprinzipien durch das Ministry of Education, Culture, Sports, Science and Technology (MEXT) arbeiten immer mehr japanische Universitäten mit Venture-Kapitalunternehmen (Unternehmen, die hauptsächlich in erfolgsversprechende Venture-Unternehmen investieren) zusammen, um eine Vermögensgrundlage zu bilden. Angespornt werden sie dabei von der Notwendigkeit, mit der Vermarktung von Technologien aus der Universitätsforschung Einnahmequellen zu erschließen.

Aufgrund der Umwandlung in Selbstverwaltungskörperschaften im April nächsten Jahres sind speziell die staatlichen Universitäten gefordert, finanzielle Unabhängigkeit zu erlangen.

Einer Untersuchung der Tsukuba University zufolge gab es im August letzten Jahres 424 Venture-Unternehmen, die ihre Wurzeln in Universitäten hatten. Zwei Drittel davon wurden seit dem Jahr 2000 gegründet, nachdem man die Beschäftigungsbestimmungen für Hochschuldozenten gelockert hatte (vgl. JSPS Rundschreiben 05/2001 u. 02+03/2002).

Nach einer Umfrage der Tageszeitung Nihon Keizai Shinbun im Sommer vergangenen Jahres erhalten zwei Drittel der Venture-Unternehmen finanzielle Mittel und Planungshilfe von Venture-Kapitalunternehmen.

Die Regierung hat überdies das Vorhaben in Angriff genommen, 1000 Venture-Unternehmen an den Universitäten zu gründen, und ermutigt deshalb zur Unternehmensgründung mit der Unterstützung von Venture-Kapitalunternehmen. (Quelle: Nikkei 04.03.2003)

2. 7 Osaka University kooperiert mit Nihon Venture Capital (JSPS 2003, Nr. 2)

Die Osaka University hat Anfang März bekannt gegeben, dass sie im Mai zusammen mit Nihon Venture Capital (NVCC) einen Fond für Investitionen in von Dozenten gegründete Unternehmen einrichten wird. Mit einem Gesamtkapital von ca. Yen 3 Mrd. (ca. Euro 23 Mio.) wäre dies der größte Fond seiner Art. NVCC ist 1996 von den Unternehmen Secom Co., Ltd., Ushio Inc. und der Nippon Life Insurance Company etc. gegründet worden. Bis zum Jahre 2001 sind 46 der Unternehmen, in die man investierte, an der Börse eingeführt worden. Investieren wird man wohl auf dem Gebiet der Biotechnologie und Nanotechnologie in Venture-Unternehmen, die von Dozenten oder Studenten der Osaka University gegründet wurden, sowie in Venture-Unternehmen, die mit der Universität gemeinsame Forschung betreiben.

Ein etwa zehnköpfiges Evaluationskomitee (Mitarbeiter von NVCC und Dozenten der Osaka University) wird nach Prüfung der entwickelten Technologien und der unternehmerischen Leistung festlegen, in welche Unternehmen investiert wird. Bereits jetzt gibt es sechs Kandidaten. Angestrebt wird eine Investitionslaufzeit von zehn Jahren, d.h. bis zum Jahr 2013, in der mehr als 15 Unternehmen an der Börse eingeführt werden sollen.

Um die Venture-Unternehmen bei der Aufnahme ihrer unternehmerischen Tätigkeit zu unterstützen, ist die Gründung eines zweiten und dritten Fonds geplant.

Immer mehr Universitäten arbeiten ebenfalls in unterschiedlicher Form mit Venture-Kapitalunternehmen zusammen. Die Keio University erhält z.B. von der Softbank Investment Corp. Ratschläge in Bezug auf Unternehmensstrategie und Investitionspolitik und bemüht sich um die Gründung von zukunftssträchtigen Biotechnologieunternehmen auf dem Gebiet der Medizin sowie der Naturwissenschaften und Technik. (Quelle: Nikkei 04.03.2003)

2. 7 Kooperation in der Nanobiotechnologie (JSPS Nr. 3, 2003)

Die Nippon Telegraph and Telephone Corporation (NTT) und das Institute of Medical Science der University of Tokyo starten gemeinsame Forschungsprojekte im Bereich der Nanobiotechnologie, einem Fachgebiet, das Nano- und Biotechnologie verknüpft. NTT (zuständig sind die Basic Research Laboratories von NTT) will bis Ende Mai 2003 zu diesem Zweck in seinem Atsugi R&D Center in Kanagawa ein neues Forschungsinstitut einrichten, während das Institute of Medical Science der University of Tokyo einige NTT-Wissenschaftler als Gastdozenten aufnehmen und gemeinsame Forschung betreiben wird. Die Forschungsausgaben für die ersten drei Jahre werden mit Yen 150 Mio. (z.Zt. ca. Euro 1,1 Mio.) veranschlagt.

In einem ersten Projekt will man sich mit dem Informationsübertragungssystem von Gehirnnerven befassen. Mit einem Modell, das die hochentwickelte Informationsverarbeitung im Gehirn simuliert, soll mit Hilfe der Nanotechnologie ein Nano-IC-Chip (IC= Integrated Circuit) entwickelt werden.

Die Biotechnologie, die sich z.B. mit Proteinen und Genen in Nanometer-Größe befasst, benötigt immer mehr Kenntnisse aus der Nanotechnologie, und auch in der Nanotechnologie sind biotechnologische Aspekte unentbehrlich geworden.

Die Nanobiotechnologie wird als marktfähiger Bereich betrachtet, da Ergebnisse ihrer Grundlagenforschung direkt einen Absatzmarkt finden. Vor diesem Hintergrund haben sich bereits mehrere Kooperationen von Industrie und Wissenschaft gebildet. So kooperieren z.B. Toray Industries, Inc. und die University of Kyoto bei der Entwicklung eines DNA-Chips zur Behandlung von Krebserkrankungen sowie Matsushita Electric Industrial Co., Ltd. und die University of Montana bei der Entwicklung energiesparender Mikrotransistoren (vgl. JSPS Rundschreiben 02/2003). (Quelle: Nikkei 19.05.2003)

2. 7 Die Industrie und die staatlichen Universitäten mit neuem Status (JSPS Nr 4, 2003)

Durch die Umwandlung der staatlichen Universitäten in Körperschaften stehen ab April 2004 die 120.000 Beschäftigten bei den staatlichen Universitäten nicht mehr als Staatsbeamte im Arbeitsverhältnis.

Stattdessen werden diese Universitäten ihre Personal- und Gehaltssysteme selbst bestimmen können, während die Angestellten Recht auf Kollektivverhandlungen und Streikrecht erhalten. Schadensersatz bei einem Dienstunfall wird nicht mehr durch den Staat, sondern durch die Universitäten geleistet.

Strafrechtlich werden sie aber als Angestellten im öffentlichen Dienst behandelt. Auch die bisherige Bestimmungen über Nebenerwerbstätigkeiten der Lehrkräfte wird geändert, da die Zusammenarbeit zwischen Universitäten und Industrie nach der Umwandlung zunehmen wird. Das Gesetz, mit dem die Umwandlung der staatlichen Universitäten in Körperschaften (vgl. JSPS Rundschreiben 02/2003) geregelt wird, sieht jedoch vor, dass Universitäten als Forschungs- und Ausbildungseinrichtung ihre Gemeinnützigkeit behalten sollen. Damit diese Eigenschaft durch die Zusammenarbeit mit der Industrie nicht beeinträchtigt wird, arbeiten z.B. die Tokyo University und das Tokyo Institute of Technology bereits

Dienstvorschriften aus, die die Nebenerwerbstätigkeiten der Lehrkräfte außerhalb ihrer Universitäten (z.B. Beteiligung am Management in Venture-Unternehmen oder Patentverträge) regeln. Durch eine Umfrage des Research Institute of Economy, Trade and Industry stellte sich jedoch heraus, dass die Industrie die Zusammenarbeit mit den Universitäten als wenig positiv bewertet. Als Hindernisse nannten die befragten 7.442 Unternehmen das mangelnde Verantwortungsbewusstsein und Zuständigkeitsgefühl vonseiten der Universitäten sowie die Unsicherheit bei der Behandlung geheimer Daten. Die Unternehmen beurteilen es negativ, dass sie die mitarbeitenden Professoren nicht als Geschäftspartner behandeln können. (Quelle: Nikkei 12.05.2003, 10.07.2003)

2. 7 [3] Gesetzentwurf zum Schutz geistigen Eigentums (JSPS Nr 4, 2003)

Die Strategieabteilung für geistiges Eigentum der japanischen Regierung hat Anfang Juli beschlossen, den Kurs der Regierung bei Bildung und Schutz sowie praktischer Umsetzung geistigen Eigentums wie z.B. in Form von Patenten und Copyrights fortzusetzen. Neben der Einrichtung eines Großen Senats für geistiges Eigentum (vgl. JSPS Rundschreiben 03/2003), der eine schnellere und einheitliche Rechtssprechung bei Patenten ermöglichen soll, und dem schnelleren Einsatz fortschrittlicher Erfindungen in der Industrie ist auch ein Gesetz geplant, das eine möglichst schnelle Prüfung von Patentanträgen vorsieht, um dadurch die internationale Wettbewerbsfähigkeit japanischer Unternehmen zu stärken. Ein entsprechender Gesetzesentwurf soll 2004 bei einer regulären Parlamentssitzung vorgelegt werden.

Der Entwurf beinhaltet u.a.:

- Die Anwendung eines Treuhandsystems mit dem Patente verwaltet und in Umlauf gebracht werden · Unterstützung bei der Kreditvergabe sowie Hilfe beim Eintritt in ausländische Märkte für die sprunghaft anwachsende sogenannte ‚contents industry‘, zu der auch die Film- und Animationsfilmindustrie zählen
- Verstärkte Förderung von und Aufbau eines einheitlichen Systems für Universitäten als Kernzellen geistigen Eigentums sowie für TLOs (Technology Licensing Office)
- Abschaffung und Revision von Patentregulierungen bezüglich Erfindungen, die von Angestellten am Arbeitsplatz gemacht wurden
- Besserer Schutz gegen das Eindringen von Produkten, die gegen Urheberrechte verstoßen
- Sicherung der Nutzungsrechte geistigen Eigentums auch im Falle des Niedergangs einer Firma
- Eine ausreichende Anzahl von auf geistiges Eigentum spezialisierten und international konkurrenzfähigen Rechts- und Patentanwälten
- Förderung von Graduate Schools für Recht sowie für Technologiemanagement, die sich schwerpunktmäßig mit geistigem Eigentum befassen

Eine Untersuchungskommission wird sich mit den noch offenen Streitpunkten, etwa ob Patente auf medizinische Errungenschaften möglich sind, auseinandersetzen. (Quelle: Nikkei 09.07.2003)

2. 7 Förderung für Gründung von Venture-Unternehmen (JSPS Nr. 5 - 6, 2003)

Das Ministry of Education, Culture, Sports, Science and Technology (MEXT) hat im Juli diesen Jahres 34 Universitäten ausgewählt, die im Rahmen ihrer Arbeit zur Nutzung und Verwaltung des geistigen Eigentums ihrer Universität für fünf Jahre mit jährlich ca. Yen 40 - 80 Mio. (Euro 23.000 - 62.000) unterstützt werden sollen. Von 83 Bewerbungen staatlicher, öffentlicher und privater Universitäten wurden u.a. die Hokkaido University, die University of Tokyo, die Nagoya University, die Kyoto University, die Osaka University und die Kyushu University ausgewählt.

Im Zuge der Umwandlung staatlicher Universitäten in Körperschaften im April 2004 haben nicht mehr die Wissenschaftler die Rechte an den Patenten, die durch ihre Forschung an den Universitäten entstanden sind, sondern die Universitäten. Daher sollen auch diese in der Lage sein, die Patente anzumelden und zu vermarkten und so neue Venture-Unternehmen zu gründen.

Zur Verwaltung des geistigen Eigentums haben viele Universitäten bereits Maßnahmen ergriffen, etwa in Form von Zusammenarbeit mit der Industrie oder durch die Einstellung von Fachkräften für Patentfragen und Juristen etc. Die University of Tokyo hat z.B. ein Büro zur Verwaltung geistigen Eigentums eingerichtet, das in der seit Herbst letzten Jahres existierenden Abteilung zur Förderung der Zusammenarbeit mit der Industrie angesiedelt ist. Dieses Büro beantragt nicht nur Patente, sondern treibt auch die Vermarktung der Forschungsergebnisse voran. Zur Gründung von Venture-Unternehmen wurden Verträge mit 15 Großunternehmen abgeschlossen, u.a. mit Nomura Securities Co., Ltd., Mitsui-Sumitomo Bank und Mitsubishi Corporation. Darüber hinaus ist man derzeit bemüht, eine Förderorganisation zu gründen, die nach der Unternehmensgründung bei der Kapitalbeschaffung und

dem Gang an die Börse behilflich ist. Ziel der University of Tokyo ist die Gründung von 30 Venture-Unternehmen bis zum Jahr 2007.

Auch die Kyoto University betreibt seit August 2002 gemeinsame Forschung mit fünf Unternehmen, u.a. Mitsubishi Chemical Corporation, mit dem Ziel, innerhalb von fünf Jahren 150 Patente anzumelden. Die Osaka University hat mit Großunternehmen wie Mitsubishi Heavy Industries, Ltd. und Sumitomo Metal Industries, Ltd. Verträge über Forschungs Kooperationen abgeschlossen, während die Kyushu University im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit Asien mit der Shanghai University kooperiert. Die Tokyo Medical and Dental University beabsichtigt, Niels Reimers, den als Gründer des Technology Licensing Office (TLO) der Stanford University, als Berater für internationale Patentfragen zu engagieren. (Quelle: Nikkei 16.07.2003)

3. Wissenschaft (universitär, außeruniversitär), Forschungspolitik, Reformen, Systemsteuerung

3. Meinungen zur Evaluation (JSPS 2003, Nr. 1)

Bei einer Umfrage unter etwa 30 im In- und Ausland arbeitenden japanischen Wissenschaftlern kamen folgende Vorschläge zur Verbesserung der internationalen Evaluation für Japans Wissenschaft und Forschung zu Tage: Zum Evaluationssystem ist Junichi Nishizawas (Präsident der Iwate Prefectural University) Ansicht "eine gerechte Evaluation sollte auch innerhalb Japans ermöglicht werden" repräsentativ. Yoshiki Hotta, Direktor des National Institute of Genetics (NIG) kritisierte wie folgt den für die Forschungsevaluation durch die Regierung verantwortlichen Council for Science and Technology Policy: "Durch die neuerdings herrschende ‚Schwerpunktsetzung in der Forschung‘ existiert kein Freiraum mehr für Grundlagenforschungen, für die Nobelpreise vergeben werden. Notwendig ist ein Evaluationssystem, an dem mehr Wissenschaftler mitwirken."

Als problematisch erachtet man, dass Japaner grundsätzlich nicht mit der Denkweise vertraut sind, persönliche Beziehungen getrennt zu sehen von der Forschungsevaluation. Auch die unter Japanern verbreitete Tendenz, Leistungen ihrer Landsleute zu ignorieren, hält man für verbesserungsdürftig. Es sei äußerst wichtig, sich gegenseitig exakt zu bewerten.

Außerdem sollen nach Auffassung von Shigetada Nakanishi (Kyoto University, ehemaliger Dekan der medizinischen Fakultät) den jungen Wissenschaftlern mehr Chancen gegeben werden. In Japan, wo man ohne Professur keine eigenständige Forschung betreiben kann, sei man frühestens im Alter von vierzig Jahren in der Lage, selbständig zu forschen. Doch diese Selbständigkeit müsse in sehr viel jüngerem Alter erreichbar sein.

U.a. gibt es auch die Ansicht, nicht nur europäische und amerikanische Evaluationsmaßstäbe anzulegen. So seien für das Verständnis komplizierter Sachverhalte sicherlich verschiedene Denkweisen möglich. Es sollte möglich sein, Japans Forschung im landeseigenen Umfeld zu evaluieren. (Quelle: Asahi 01.01.2003)

3. Einführung von Program Officer (JSPS 2003, Nr. 1)

Der Council for Science and Technology Policy der Regierung hat die Einführung von Program Officer (PO) im Fiskaljahr 2003 beschlossen. Als PO sollen Spitzenwissenschaftler in Ganztagsstellen über die Bewilligung und Verteilung von staatlichen Forschungsgeldern für Wissenschaft und Technologie entscheiden. Für diese Umstellung auf das in England und den USA praktizierte System hat man sich entschieden, weil das bisherige bürokratische System spätestens bei den fachlichen Kenntnissen an seine Grenzen stößt.

Die Vergabe der staatlichen Forschungsgelder erfolgt in sieben Ministerien nach 24 Systemen. Für dieses Jahr stehen Yen 344,3 Mrd. (Euro 2,65 Mrd.) zur Verfügung. Im Rahmen der Grants-in-Aid for Scientific Research (Kakenhi) stellt das Ministry of Education, Culture, Sports, Science and Technology (MEXT) die Hälfte dieser Summe bereit.

Nach dem bisherigen System waren an Forschungseinrichtungen und Universitäten beschäftigte Wissenschaftler mit der Begutachtung beauftragt, auf deren Basis die endgültige Entscheidung von den zuständigen Abteilungen der Ministerien oder halbstaatlichen Förderorganisationen getroffen wurde. Es war jedoch Kritik laut geworden, die Mittel würden hauptsächlich an berühmte Wissenschaftler oder an Fachgebiete verteilt, aus denen viele Anträge kommen, Forschungsbereiche, die in 10 oder 20 Jahren zur Spitzenforschung zählten, würden nicht berücksichtigt, des Weiteren sei die Entscheidungsfindung nicht ausreichend transparent, da keine Gründe für Ablehnungen genannt würden.

Der Council for Science and Technology Policy, der sich "30 japanische Nobelpreisträger in 50 Jahren" zum Ziel gesetzt hat, soll Kandidaten für die Stellen als PO aus den Reihen der Spitzenforscher auswählen, denen dann die Befugnis erteilt wird, auch derzeit uninteressante Themen auszuwählen, die sich in Zukunft aber als vielversprechend erweisen könnten. Im Falle einer Antragsablehnungen soll die Mitteilung einer Begründung für Transparenz sorgen.

Bei ihren Budgetforderungen haben sieben Ministerien die Einrichtung von 65 PO-Stellen vorgesehen, das MEXT hat alleine 53 PO-Stellen beantragt. Zur Koordination dieses neuen Systems wurde der Posten eines Programmdirektors geschaffen. Das MEXT hat drei dieser Direktorenstellen beantragt. (Quelle: Asahi 18.11.2002)

3. Verteilung des Forschungsetat (JSPS 2003, Nr. 1)

In Japan gestaltet sich die Verteilung der Haushaltsmittel für den Bereich Forschung neu. So spiegelten sich bei der Etatgestaltung für 2003 die Veranschlagungen des Council for Science and Technology Policy - einem Fachexpertengremium des Premierministers - in den Haushaltsmitteln wider. Auch die Einführung von Mechanismen, die einer Bewertung durch Fachleute und Experten Bedeutung beimessen, geht immer schneller vorstatten.

Im Oktober 2002 teilte der Council insgesamt 311 wissenschaftliche Forschungsvorhaben, die von verschiedenen Behörden mit einer groben Kalkulation beantragt worden waren, in vier Kategorien ein, anhand derer die Zuteilung des Budgets 2003 effektiv geplant wurde.

Die Kategorien sind: S (besonders dringend), A (dringend), B (enthält problematische Punkte) und C (muss überarbeitet werden).

Diese Aufteilung des Etats erfolgte nach einem völlig anderem Schlüssel als den bisherigen bürokratischen Prinzipien. Unklar ist noch, ob sich dieses neue System durchsetzen kann, da sich die Zuordnung zu diesen Haushalts-Kategorien ändern kann.

Die Zahl der Vorhaben in der Kategorie "S" hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 21,2% erhöht, andererseits ist die Zahl der mit C klassifizierten Projekte um 73,5% gesunken.

Bei den Haushaltsplanungen der letzten Jahre wurden wichtige wissenschaftliche und technologische Projekte in Form "öffentlicher Unternehmen" geführt und innerhalb eines bestimmten Rahmens oblag die Zuteilung ihrer Mittel dem Premierminister. Bei der Haushaltsplanung Ende 2001 wurde dieses Prinzip geändert und Ausgaben für Forschung und Entwicklung fortan zu den üblichen Ausgaben gezählt, wobei dem Council der Freiraum eingeräumt wurde, eigene Bedingungen zu stellen. Für die nächste Haushaltsplanung geht die Tendenz dahin, sich zumindest an diesem System zu orientieren.

Um den Forderungen von Seiten der Forschungsinstitute entgegenzukommen, orientiert sich Japan zunehmend an dem amerikanischen Vorbild des "Program Officer" oder "Program Director". Als fachliche Vertreter aus der Wissenschaft sollen Sie zwischen Forschung und Regierung vermitteln und zu einer effektiven Betreuung und Planung von Forschungsprojekten beitragen. (vgl. Artikel oben)

In Japan ist nun die Stärke und Fähigkeit des Council for Science and Technology Policy gefragt, dem bei der Leitung wissenschaftlicher Forschungsprojekte eine zentrale Rolle zukommt. (Quelle: Nikkei 06.01.2003)

3. Zwei Jahre Council for Science and Technology Policy (JSPS 2003, Nr. 2)

Der Council for Science and Technology Policy existiert nun seit zwei Jahren. Im Zuge von Umstrukturierungen wurde er im Januar 2001 im Kabinetbüro eingerichtet. Mitglieder sind die zuständigen Kabinettsmitglieder, Mitglieder des Science Council of Japan und sieben herausragende Akademiker. Der Council verfügt über eine Verwaltung mit ca. 90 Mitarbeitern und hat das Recht, dem Premierminister ohne vorherige Rücksprache seine Haltung mitzuteilen. Neben zahlreichen Diskussionsgesprächen nimmt der Premierminister regelmäßig ein Mal im Monat an einer Zusammenkunft des Councils teil.

Der Council erarbeitet Reformen für die Schwerpunktsetzung und Wettbewerbsförderung, hierzu zählen u.a. die schwerpunktmäßige Verteilung des Budgets für wirtschaftlich vielversprechende Fachgebiete sowie die Einteilung der Forschungsprojekte in Kategorien. Zu seinen wichtigsten Aufgaben zählt die Festlegung von Fördermaßnahmen für die vier Bereiche Lebenswissenschaften, Informationstechnologie (IT), Umwelt sowie Nanotechnologie und Materialwissenschaften, was sich auch in seiner Budgetpolitik widerspiegelt.

Der Council plante auch große finanzielle Unterstützung für die Renovierung veralteter Einrichtungen an staatlichen Universitäten. Ferner äußert sich der Council zu wichtigen, aktuellen Themen wie der Erlaubnis zur Produktion menschlicher embryonaler Stammzellen, bei der befruchtete Eier vernichtet werden, oder dem Verbot zum Klonen von Embryonen. Außerdem veröffentlichte er Meinungsberichte und Berichte zu über 20 Themen wie Plänen zur Erschließung des Weltalls, Strategien für geistiges

Eigentum, Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Regierung und Universitäten etc. Das Budget für Wissenschaft und Technologie beträgt für das Fiskaljahr 2003 ca. Yen 3,59 Bio. (Euro 27,6 Mrd.) und liegt damit trotz schwieriger Finanzlage 1,2% höher als im Vorjahr. Im Rahmen der zweiten Periode des Science and Technology Basic Plan (2001-2005) beabsichtigt man ein Budget in Höhe von Yen 24 Bio. (Euro 185 Mrd.) für Forschung und Entwicklung zur Verfügung zu stellen, diese Summe liegt mehr als 30% höher als die der ersten Periode des Plans (Yen 17 Bio. = Euro 130 Mrd.).

Auch bei der Einflussnahme auf die Budgetverwaltung hat der Council größere Kompetenzen als sein Vorgänger, der Council for Science and Technology.

Bislang verhandelte jedes Ministerium seinen Budgetplan mit dem Finanzministerium selbst. In diesem Jahr hat der Council jedoch vor den Verhandlungen über 300 Forschungsvorhaben in die Kategorien S, A, B und C (vgl. JSPS Rundschreiben 01/2003) eingeordnet. Das Finanzministerium berücksichtigte dies und erhöhte die finanziellen Mittel für die Kategorie S um 12,5% und reduzierte sie für die Kategorie C um 20,6%. Die Wissenschaftler wurden sich hierdurch der Macht des Council bewusst und bei denjenigen, deren Forschungsvorhaben in eine niedrige Kategorie eingestuft wurde, machte sich Ärger breit. Die in den Ministerien für das Budget zuständigen Beamten waren ratlos, da innerhalb der Ministerien die Vergabe von Prioritäten durch die Einteilung in Kategorien für Chaos sorgte.

Der Council vertritt die Einstellung, dass die effektive Nutzung des Budgets noch stärker reformiert werden müsse. Die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Regierung und Universitäten solle so gestaltet werden, dass die Forschungsinvestitionen an die Gesellschaft zurückgehen, und die Größe der Forschungseinrichtungen sowie die Zahl der Forscher bei der Verteilung der Forschungsgelder berücksichtigt werden. Ferner müsse eine Reform des Evaluationssystems für die Gelder geprüft werden, die per Auswahlverfahren vergeben werden, wie z.B. die Grants-in-Aid for Scientific Research (Kakenhi). In akademischen Kreisen wird manchmal kritisiert, dass der Council zu rabiät vorgehen würde. (Quelle: Asahi 15.01.2003)

3. Wissenschaftler: Vergütungen aus Patenten (JSPS 2003, Nr. 2)

Ende Januar beschloss das Ministry of Education, Culture, Sports, Science and Technology (MEXT) offiziell neue Bestimmungen für die Vergütung von Wissenschaftlern staatlicher Universitäten bezüglich deren patentierter Erfindungen, an denen der Staat die Rechte besitzt. Bei Einnahmen aus Patenten wird damit die Einnahmenobergrenze für die Wissenschaftler in Höhe von Yen 6 Mio. (ca. Euro 46.000) abgeschafft und sie erhalten 25-50% der Einnahmen. D.h. schließt der Staat mit einem Unternehmen einen Patentverwertungsvertrag und erhält daraus Einnahmen, bekommt der Erfinder bei Einnahmen bis zu Yen 1 Mio. (ca. Euro 7.700) 50% der Einnahmen. Übersteigen die Einnahmen Yen 1 Mio., werden von den Gesamteinnahmen Yen 1 Mio. abgezogen, und der Erfinder erhält 25% der Restsumme sowie zusätzlich Yen 500.000 (ca. Euro 3.800). Ziel dieser Neuregelung ist es, den Erfindungseifer der Dozenten zu steigern.

Nach der alten Regelung erhielten die Erfinder an den Universitäten bei Einnahmen von bis zu Yen 1 Mio. 25% der Einnahmen und bei Einnahmen zwischen Yen 10 Mio. (ca. Euro 77.000) und Yen 200 Mio. (ca. Euro 1,5 Mio.) nur noch 3-7% der Einnahmen.

Jährlich werden ca. 3000 Patente angemeldet, die auf Erfindungen von Wissenschaftlern staatlicher Universitäten basieren. An weniger als 20% dieser Patente hält der Staat die Rechte, ansonsten die Wissenschaftler. Im Zusammenhang mit der Umwandlung staatlicher Universitäten in Körperschaften im Jahre 2004 hat man beschlossen, dass grundsätzlich die Universitäten das Recht an den Erfindungen haben. Die neuen Regelungen könnten nach der Umwandlung als Modell dienen. (Quellen: Nikkei 18., 30.01.2003, MEXT Homepage)

3. Mobilität von Forschern (JSPS Nr 4, 2003)

Das Weißbuch für Wissenschaft und Technologie, das im Juni vom Ministry of Education, Culture, Sports, Science and Technology (MEXT) veröffentlicht wurde, befasste sich hauptsächlich mit dem Thema ‚Personal‘. Das Weißbuch untermauert die Ansicht, dass die Gewährleistung einer guten Ausbildung für Forscher und Techniker großen Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit des Landes ausübt. Auch der dem Premierminister unterstellte Council for Science and Technology Policy beschloss im Juni eine spezielle Untersuchung über die Probleme der Mobilmachung und Mobilität von jungen Forschern durchzuführen. Zwar hat sich die Kooperation von Industrie und Universitäten weiter vertieft, doch sind Japans Wissenschaftler deshalb nicht mobiler geworden. Das Weißbuch basiert auf einer Umfrage unter ca. 1300 Wissenschaftlern aus der Industrie und den Universitäten, nach deren Angaben fast die Hälfte bislang nur an einer Forschungsstelle gearbeitet haben. (Quelle: Nikkei 23.06.2003)

3. [2. 7] Gesetzentwurf zum Schutz geistigen Eigentums (JSPS Nr 4, 2003)

Die Strategieabteilung für geistiges Eigentum der japanischen Regierung hat Anfang Juli beschlossen, den Kurs der Regierung bei Bildung und Schutz sowie praktischer Umsetzung geistigen Eigentums wie z.B. in Form von Patenten und Copyrights fortzusetzen. Neben der Einrichtung eines Großen Senats für geistiges Eigentum (vgl. JSPS Rundschreiben 03/2003), der eine schnellere und einheitliche Rechtssprechung bei Patenten ermöglichen soll, und dem schnelleren Einsatz fortschrittlicher Erfindungen in der Industrie ist auch ein Gesetz geplant, das eine möglichst schnelle Prüfung von Patentanträgen vorsieht, um dadurch die internationale Wettbewerbsfähigkeit japanischer Unternehmen zu stärken. Ein entsprechender Gesetzesentwurf soll 2004 bei einer regulären Parlamentssitzung vorgelegt werden.

Der Entwurf beinhaltet u.a.:

- Die Anwendung eines Treuhandsystems mit dem Patente verwaltet und in Umlauf gebracht werden · Unterstützung bei der Kreditvergabe sowie Hilfe beim Eintritt in ausländische Märkte für die sprunghaft anwachsende sogenannte ‚contents industry‘, zu der auch die Film- und Animationsfilmindustrie zählen
- Verstärkte Förderung von und Aufbau eines einheitlichen Systems für Universitäten als Kernzellen geistigen Eigentums sowie für TLOs (Technology Licensing Office)
- Abschaffung und Revision von Patentregulierungen bezüglich Erfindungen, die von Angestellten am Arbeitsplatz gemacht wurden
- Besserer Schutz gegen das Eindringen von Produkten, die gegen Urheberrechte verstoßen
- Sicherung der Nutzungsrechte geistigen Eigentums auch im Falle des Niedergangs einer Firma
- Eine ausreichende Anzahl von auf geistiges Eigentum spezialisierten und international konkurrenzfähigen Rechts- und Patentanwälten
- Förderung von Graduate Schools für Recht sowie für Technologiemanagement, die sich schwerpunktmäßig mit geistigem Eigentum befassen

Eine Untersuchungskommission wird sich mit den noch offenen Streitpunkten, etwa ob Patente auf medizinische Errungenschaften möglich sind, auseinandersetzen. (Quelle: Nikkei 09.07.2003)

4. Übergreifende Reformen, Allgemeines

4. Neuer Bildungsminister (JSPS Nr. 5 - 6, 2003)

Im Rahmen einer Kabinettsumbildung wurde Takeo Kawamura am 22.09.2003 ins Amt des Minister of Education, Culture, Sports, Science and Technology berufen. Kawamura wurde am 10.11.1943 in der Präfektur Yamaguchi geboren. 1968 absolvierte er an der Faculty of Business and Commerce der Keio University und war danach fast 10 Jahre lang bei der Firma Seibu Oil beschäftigt. Seit seiner Wahl ins Unterhaus im Jahre 1990 ist er im Bildungsbereich tätig und war seit Oktober 2002 Vizeminister im MEXT. (Quelle: www.mext.go.jp/b_menu/soshiki/index.htm)

4. OECD Bildungsbericht (JSPS Nr. 5 - 6, 2003)

Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat am 16. September ihren aktuellen Bildungsbericht veröffentlicht, in dem die gegenwärtige Bildungssituation in den 30 Mitgliedsländern untersucht und verglichen wird.

Ein wichtiges Thema ist das immer ernster werdende Problem der Überalterung des Lehrpersonals in vielen westlichen Ländern. Den Daten zufolge sind in Italien 55,8% der Lehrer an Mittelschulen über 50 Jahre alt, in Deutschland sind es 50,5%. In 15 Ländern gab es an den Grundschulen kaum einen Lehrer unter 40. In Japan hingegen ist dieses Problem nicht so ausgeprägt, an den Grundschulen sind 43,9% und an den Mittelschulen 39% des Lehrpersonals 40-50 Jahre alt. Den Grund sieht die OECD in den - im Vergleich zu den Gehältern in Unternehmen - geringen Verdienstmöglichkeiten der Lehrer.

In Japan war der geringe Anteil an Frauen am Lehrkörper auffällig. Während der Frauenanteil in Kindergärten mit 98% über dem OECD Durchschnitt von 94,8% liegt, beträgt er in den Oberschulen nur noch 24,6% (Durchschnitt 51,4%) und in den Universitäten lediglich 14,1% (Durchschnitt 36%).

Die geringe Zahl der weiblichen Akademiker fiel ebenfalls ins Auge. Unter den Absolventen mit Bachelor betrug der Frauenanteil 39% (OECD Durchschnitt 51%), beim Master nur 25% (55%) und bei den Promovierten 23% (38%), womit Japan in all diesen Kategorien Schlusslicht war. Dieses Phänomen wird mit der in Japan anhaltend weit verbreiteten Einstellung erklärt, dass für Frauen das Studium an einer Kurzzeituniversität ‚ausreichend‘ sei. (Quellen: Asahi, Nikkei 17.09.2003)

4. Reform des Grundlagengesetzes zur Bildung (JSPS Nr. 3, 2003)

Der Central Council of Education, beratendes Organ des Ministry of Education, Culture, Sports, Science and Technology (MEXT), hat am 20.03.2003 Bildungsministerin Toyama den Bericht zur Reform des aus einem Vorwort und 11 Paragraphen bestehenden Grundlagengesetzes zur Bildung (vgl. JSPS Rundschreiben 02+03/2000) überreicht. Im November 2001 beriet Toyama mit dem Council über eine Änderung des Gesetzes, das seit seinem Inkrafttreten im Jahre 1947 noch nie revidiert wurde.

In seinem Bericht fordert der Council eine drastische Reform des Gesetzes. Es sollen acht neue Grundprinzipien u.a. "Gemeinsinn und moralisches Bewusstsein", "Respektieren der japanischen Tradition und Kultur", "Liebe zu Heimat und Vaterland" ins Vorwort und in die Paragraphen aufgenommen werden. In §6 zur schulischen Bildung soll die Rollenverteilung von Schule, Lehrern und Familie bei erzieherischen Aufgaben festgeschrieben werden.

Auf der Grundlage des bisherigen Gesetzes zielt der Bericht auf die Schaffung eines in wesentlichen Teilen neuen Gesetzes ab und steht unter dem Motto "Erziehung von furchtlosen und starken Japanern als Pioniere für das 21. Jahrhundert". Der Bericht betont, dass die heutige japanische Gesellschaft durch den Verlust von Selbstvertrauen, durch den Rückgang moralischen Denkens und des Gefühls für soziale Pflichten sowie durch einen Vitalitätsmangel aufgrund einer überalterten Gesellschaft in einer großen Krise steckt. Hinzu kommen Probleme bei der Schulerziehung wie das Schikanieren von Mitschülern, Schulverweigerer und Klassenzimmerkollaps (vgl. JSPS Rundschreiben 05/1999, 04/2000). Zur Bekämpfung dieser kritischen Situation hält der Council eine Neuordnung des Erziehungswesens für notwendig.

Aus wissenschaftlichen und pädagogischen Kreisen wurde aber umfassende Kritik an den Vorschlägen geäußert. Es wird auf die Gefahr einer neuen Patriotismuswelle hingewiesen, die zum Rückfall in die Erziehung der Vorkriegszeit führen könnte. Kritisiert werden außerdem die Vorschriften zur Rolle der Familie in der Erziehung, einen Bereich, in den der Staat sich nicht einmischen sollte.

Die Diskussion über die Reform wird während der gegenwärtigen Parlamentssitzung weitergeführt. (Quelle: Asahi 24.03.2003)